



Landeshauptstadt
München
Stadtkämmerei

Haushaltsreden 2010

des Oberbürgermeisters
Christian Ude

des Stadtkämmerers
Dr. Ernst Wolowicz

des Korreferenten
der Stadtkämmerei
Stadtrat
Prof. Dr. Jörg Hoffmann

des Personalreferenten
Dr. Thomas Böhle

des Korreferenten des
Personal- und
Organisationsreferates
Stadtrat
Christian Amlong

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Inhaltsverzeichnis und Impressum	2
Rede des Oberbürgermeisters Christian Ude	3 - 9
Rede des Stadtkämmerers Dr. Ernst Wolowicz	11 - 21
Rede des Korreferenten der Stadtkämmerei Stadtrat Prof. Dr. Jörg Hoffmann	23 - 30
Rede des Personal- und Organisationsreferenten Dr. Thomas Böhle	31 - 43
Rede des Korreferenten des Personal- und Organisationsreferates Stadtrat Christian Amlong	45 - 47
Graphische Übersicht	48 - 50

Impressum

Herausgeber: Stadtkämmerei der
Landeshauptstadt München
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Druck: Direktorium, Stadtkanzlei



Oberbürgermeister Christian Ude

Münchener Haushalt in Zeiten der Krise und des Richtungswechsels

Haushaltsrede in der Vollversammlung des Stadtrats am 7. Oktober 2009

Dies, meine Damen und Herren, ist meine 17. Haushaltsrede, und da gibt es ein unleugbares Problem: Viel Richtiges und Wegweisendes ist bereits gesagt worden: beispielsweise über die Notwendigkeit, auch die Einnahmen zu steigern, wenn die Ausgaben auf allseitiges Drängen vermehrt werden, oder über die Vorzüge einer antizyklischen Finanzpolitik, die zum Markenzeichen des Münchner Rathauses geworden ist und uns einsame Investitionsrekorde auch in dünnen Jahren bescherte und allein in den drei fetten Jahren von 2006 bis 2008 über eine Milliarde € an Schulden abbauen ließ.

Alle finanzpolitischen Erkenntnisse und Grundsätze der Münchner Stadtratsmehrheit zu wiederholen, wäre zwar berechtigt, aber von geringem Neuigkeitswert. Deshalb konzentriere ich mich auf zwei Umstände, die neu sind: Dies ist der erste Haushalt in Zeiten der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, und es ist der erste nach dem politischen Richtungswechsel vom 27. September 2009.

I. Erfahrungen mit der Krise

Vor exakt einem Jahr konnten wir an dieser Stelle zwar die Ursachen und Ausmaße der Finanzkrise beschreiben, nicht aber ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Ich habe dazu am 8. Oktober letzten Jahres gesagt: „Wie wird sich die Weltwirtschaftskrise auf München auswirken? Um ehrlich zu sein: Ich weiß es nicht!“

Heute wissen wir immerhin, dass die ersten zwölf Monate glimpflicher verlaufen sind, als es in manchem Schreckensszenario beschrieben wurde. Dies könnte ja auch dafür sprechen, dass die vereinbarten Reaktionen der Staatengemeinschaft und auch das Krisenmanagement in Deutschland besser waren als in den Zwanzigerjahren und auch besser als die leichtfertige und wohlfeile Kritik, man hätte systemrelevante Banken, gefährdete Branchen und bedrohte Unternehmen ja auch einfach absaufen lassen und damit viel Steuergeld sparen können. Wir sollten nicht vergessen, dass die schon vorher brodelnde Krise erst explodierte, als die mittlerweile abgewählte Bush-Regierung eine Bank versinken ließ. Rettungsmaßnahmen für Banken, deren aberwitzig überbezahltes Management Milliarden versenkt hat, sind also wohl nicht nur unerträglich, sondern auch unvermeidbar.

Unverzichtbar ist es aber auch, dass aus dem Scheitern der entfesselten Finanzmarktkräfte alle erforderlichen Konsequenzen gezogen werden, damit sich ein solcher Kollaps der Finanzmärkte, ein solcher Crash des Kapitalismus nicht wiederholen kann.

Der Ausgangspunkt war

die Deregulierung der Finanzmärkte, die Entfesselung der Akteure,

die Zurückdrängung staatlicher Kontrolle und Bankenaufsicht,

die Genehmigungsfreiheit auch noch der fragwürdigsten Finanzprodukte,

die dubiose Rolle der Rating-Agenturen,

die Ausrichtung des Managements an äußerst kurzfristigen und gleichzeitig überzogenen Renditeerwartungen,

der international immer weiter vorangetriebene Verzicht auf Nachhaltigkeit,

die fast vollständige Abkoppelung der irreführend sogenannten „Finanzindustrie“ von der Realwirtschaft sowie

die gleichzeitige Diskreditierung jeden sozialen Ausgleichs von der Lohn- bis zur Steuerpolitik.

Dieser Themenkomplex, der von der Haushaltslage deutscher Großstädte nicht zu trennen ist, wird uns noch Jahre beschäftigen. Ich möchte heute nur klarstellen: Wir dürfen diese Ursachen der Krise beim Übergang zur Tagesordnung nicht vergessen und wir dürfen nicht zulassen, dass die Urheber der Krise sich schon in die nächsten unverantwortlichen Finanzabenteuer stürzen, während die Kommunalpolitiker angeprangert werden, weil sie krisenbedingt nicht genug Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung oder des Nahverkehrs oder von Konzertsälen locker machen können.

Die Krise wurde nicht in den Rathäusern, sondern in Bankhäusern produziert – dorthin sind bitte auch die Beschwerden zu richten!

Sicher ist gegenwärtig nur eines: Die Krise ist noch nicht vorbei. Deswegen haben wir bei der Prognose der Haushaltsentwicklung immer noch schwankenden Boden unter den Füßen. Wir wissen noch nicht einmal, wieviel die staatlichen Schutzschirme den Steuerzahler am Ende tatsächlich kosten werden. Um nur zwei Münchner Institute zu nennen: Bei der Bayerischen Landesbank geht es um bis zu 10 Milliarden, bei der Hypo Real Estate sogar um mehr als 100 Milliarden! München ist nicht nur Opfer, sondern auch Tatort der Krise.

Dabei ist die Inanspruchnahme staatlicher Hilfen keineswegs die einzige Auswirkung des Landesbankdesasters. Wir haben es in der letzten Vollversammlung ausführlich diskutiert: In Bayern steht die größte Privatisierung auf dem Wohnungsmarkt bevor, weil sich die Landesbank von der GBW AG trennen muss, einer Wohnungsbaugesellschaft mit rund 10.000 Wohneinheiten in München und über 33.000 in Bayern. Bis heute ist unklar, ob die Regierungsparteien des Freistaates dort, wo sie tatsächlich Einfluss ausüben können, genauso mieterfreundlich agieren wie hier im Rathaus, wo es zunächst einmal nichts gekostet hat. Möglicherweise werden 10.000 Münchner Haushalte in einigen Jahren zu spüren bekommen, dass sie die Folgen der Krise ausbaden sollen, indem sie zum Spielball der Spekulation werden.

Auch die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Münchner Arbeitsmarkt sind noch nicht abzu-

sehen. Bislang sind wir mit einer Arbeitslosenquote von 5,1 % vergleichsweise günstig weggekommen. Wichtige Unternehmen vermelden wachsende Auftragseingänge. Auf der anderen Seite weiß niemand, ob die staatlichen Regelungen für das Kurzarbeitergeld verlängert werden und ob nach Ablauf der Fristen aus der Kurzarbeit Arbeitslosigkeit wird. Nur eines steht fest: Die Krise hat bereits das Steueraufkommen der Stadt um einige hundert Millionen reduziert und der Arbeitskreis Steuerschätzung rechnet mit weiteren Mindereinnahmen bei sämtlichen öffentlichen Haushalten. Gleichzeitig steigen die Sozialausgaben, bei zunehmender Arbeitslosigkeit sogar in sprunghafter Weise.

Mit einem Wort: Wir haben die Krise nicht hinter uns, sondern stecken mittendrin, da wir es unaufhaltsam mit sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben zu tun haben werden.

Dies unterscheidet uns nicht von Bund und Land. Wir sollten uns aber von anderen politischen Ebenen durch größere Ehrlichkeit unterscheiden, indem wir offen zugeben, dass bei krisenbedingt wachsenden Ausgaben und erschreckend sinkenden Einnahmen nicht auch noch kurzfristige Erfolge beim Schuldenabbau oder gar tiefgreifende Einnahmeverzichte möglich sind.

II. Nach der Wahl

Die zweite gravierende Veränderung seit unserer letzten Haushaltsdebatte liegt in der Richtungsentscheidung vom 27. September. Der Pulverdampf des Wahlkampfs hat sich verzogen und „Nachtretten“ gehört sich nicht.

Deshalb möchte ich, wie es sich für eine gute Demokratie gehört, zuerst den Siegern gratulieren, also hier im Hause der FDP, die gewaltige Stimmenzuwächse verzeichnen konnte, und der CSU, die trotz beachtlicher Stimmenverluste die mit großem Abstand größte Partei geblieben ist und mit ihrem Wunschpartner FDP eine Koalition bilden kann. Wer eine Wahl verloren hat, und dies gilt zweifellos vor allem für uns Sozialdemokraten, sollte an sich arbeiten und nicht an der Urteilskraft der Wählerinnen und Wähler zweifeln. FDP und CSU werden mir darin zustimmen, sie haben ja keinen aktuellen Anlass, die Urteilskraft der Wählerschaft in Zweifel zu ziehen. Bedenken Sie aber bitte auch den folgenden Hinweis: Die unzweifelhafte Urteilskraft der Wählerinnen und Wähler kommt auch darin zum Ausdruck, dass sie sich in München für eine rot-grüne Mehrheit im Stadtrat bis zum Mai 2014 entschieden haben! Natürlich ist politischer Erfolg vergänglich – aber dies gilt für jeden politischen Erfolg. Absolut sicher ist – was die Zukunft betrifft – nur eines: 2013 kommt vor 2014. Vielleicht wissen wir alle miteinander bereits 2013 mehr über die Vergänglichkeit politischer Siege. Um es mit den Worten eines großen bayerischen Philosophen zu sagen: „Schaun mer mal, dann sehn mas scho!“

Zunächst einmal wünsche ich aber der Koalition bei der Lösung der bedrückenden Probleme und bei der Bewältigung ihrer Aufgaben eine glückliche Hand! Schließlich wurde der Richtungswechsel von einer Mehrheit der Wählerschaft gewünscht, und diese Richtungsentscheidung ist auch zu respektieren, wenn man anderer Ansicht war.

Außerdem sollten gerade Parteien wie meine, die gerade dabei ist, für die Zukunft eine sozialere Politik zu versprechen als sie in der Vergangenheit praktiziert wurde, dieses Recht auf positive Wandlungsprozesse auch der politischen Konkurrenz zugestehen. Es kann sich ja

durchaus herausstellen, dass die Kanzlerin tatsächlich die in einigen Teilbereichen durchgesetzten Mindestlöhne erfolgreich verteidigt, wie sie es nach der Wahl in Aussicht gestellt hat. Es kann ja sein, dass der Kündigungsschutz im Arbeitsrecht und die Mitbestimmung und auch der Mieterschutz nicht angetastet werden und dass die Kanzlerin auch mit neuem Koalitionspartner zu ihrem Versprechen auf dem letzten Deutschen Städtetag in Bochum steht, wonach sie an der Gewerbesteuer festhalten und keinem Druck zu ihrer Demontage nachgeben werde. Für den sozialen Frieden in unserem Land und ganz besonders in den Städten wäre dies jedenfalls zu wünschen.

III. Die Skepsis bleibt

So sehr wir uns im Interesse der Menschen einen solchen schwarz-gelben Läuterungsprozess wünschen möchten, so wenig können wir darauf vertrauen. Mit welchem Versprechen Schwarz-Gelb die Wahlen gewonnen hat, fasste mein Gegenkandidat von 1993, Peter Gauweiler – damals kamen wir zu zweit auf mehr als 95 %! - letzte Woche wie folgt zusammen: „Der Finanzminister Westerwelle muss die Steuern senken, dass allen die Spucke wegbleibt. Darüber haben die Wahlkampf-Lager doch am ernsthaftesten gestritten und das war das zentrale Thema für das Entscheidungsverhalten der Wähler am letzten Sonntag.“ Dem stimme ich ausdrücklich zu! Die Glaubwürdigkeit von Schwarz-Geld steht und fällt mit dem zentralen Thema der versprochenen Steuersenkung, die jeden Erwerbstätigen reichlich bedenkt und auch noch die Wirtschaft in Schwung bringt. So haben Sie gewettet – topp, die Wette gilt.

Peter Gauweiler hat auch schon klar gesagt, wie viel Zeit Ihnen dafür zur Verfügung steht: „Um das zu beweisen, hat die Regierung Merkel/Westerwelle genau 8 Monate, bis zum Mai 2010, dann sind Wahlen in Nordrhein-Westfalen, und bis dahin reicht die Mehrheit von Schwarz-Gelb im Bundesrat. Wenn bis zu diesem Zeitpunkt die große Steuersenkung nicht etabliert ist, wird Merkel/Westerwelle zu Kohl/Kinkel und wird auch so enden wie Kohl/Kinkel.“

Nun ist es ja nicht so, dass die Berufstätigen keine Entlastung verdient hätten. Natürlich haben sie das ! Aber auch Sie mit Ihrem unverbrüchlichen Glauben an die wundersame Selbstfinanzierung von Steuergeschenken durch Wachstumsimpulse werden sich über die heutige Staatsverschuldung in Höhe von 1.700 Milliarden nicht einfach hinwegsetzen können. Sie werden präzise Auskunft geben müssen, wo angesichts atemberaubender Staatsverschuldung die zig Milliarden für Steuergeschenke herkommen sollen, wenn Sie den Wohlfühlstart Ihrer Koalition nicht durch harte Einschnitte stören und die früher kritisierte Staatsverschuldung nicht auch noch sprunghaft in die Höhe jagen wollen. Sie haben die Karte „Steuergeschenke“ gezogen und dürfen sich darüber freuen, dass Sie sich am Wahlabend als Trumpfkarte erwiesen hat. Aber Sie haben alles auf die eine Karte gesetzt und werden in den nächsten Monaten nicht nur Freude daran haben.

Aus Gründen der Ausgewogenheit bestätige ich Ihnen aber gerne, dass das Wahlversprechen „Reichtum für alle“ nach allem menschlichen Ermessen auch nicht realisierbar ist und dass die Zusage, viele soziale Leistungen, die aus finanzieller Not heraus gekürzt worden sind, wieder auf den Stand vor der AGENDA 2010 anzuheben, immer noch eines seriösen Finanzierungsvorschlags entbehrt.

IV. Münchner Situation

Dass die Krise in der Stadtpolitik noch keine Verwüstungen anrichten konnte, ist der Münchner Situation gutzuschreiben. Wir haben in den vergangenen 3 Jahren 2006 mit 2008 deutlich über eine Milliarde Schulden abgebaut, dies verschafft uns jetzt etwas Spielraum, wieder Darlehen aufzunehmen, um die Wirtschaft anzukurbeln, die Infrastruktur auszubauen und alle sozialen und kulturellen Leistungen trotz Krise aufrecht zu erhalten. Münchens antizyklische Politik hat sich voll bewährt, aber nur deshalb, weil die Stadtratsmehrheit in den wirtschaftlich erfolgreichen Jahren die Schuldenlast wieder zurückgeführt und alle Ansinnen der Opposition zurückgewiesen hat, die Einnahmen leichtfertig und voreilig zu reduzieren. Viele nationale und internationale Wirtschaftspolitiker entdecken erst jetzt wieder ihren Keynes, bei uns hat antizyklische Politik Tradition. Auch mit dem Haushalt, den wir heute einbringen, bleibt München Rekordmeister bei den Investitionen, wenn auch nicht mehr auf dem extrem hohen Niveau der Vorjahre.

Über 35 Wohlfahrtsverbände und soziale Organisationen haben sich im Schatten der Krise versammelt, um gemeinsam einzufordern, dass die Bedürftigen und Schwachen nicht die ersten Opfer der gescheiterten Finanzabenteuer von Bankvorständen und Spekulanten werden dürfen. Diese Forderung entspricht nicht nur dem Verursacherprinzip und dem Gerechtigkeitsempfinden, sie ist auch ökonomisch sinnvoll, denn Kürzungen bei den Beziehern von Transfer-einkommen und bei den untersten Einkommensgruppen würden sofort in gleicher Höhe die Binnennachfrage drosseln, die aber nötiger denn je gebraucht wird, um Exportrückgänge zu kompensieren.

Ich habe dem Bündnis gesagt, dass es 2009 keine Einbrüche bei den sozialen Leistungen und Angeboten geben wird. Diese Zusage wurde eingehalten. Für das Jahr 2010 konnte ich in Aussicht stellen, dass die Stadtratsmehrheit, die den Haushalt zu beschließen hat, wiederum alle sozialen Leistungen und Angebote aufrecht erhalten werde – allerdings unter einer Bedingung: die Belastung durch die Krise – geringere Einnahmen und höhere Kosten – darf nicht auch noch durch kommunalfeindliche Entscheidungen des Bundes verschlimmert werden! Dieser Vorbehalt ist höchst bedeutsam! Wenn der Bundestag die Gewerbesteuer demontieren oder die Einnahmen der Kommunen aus der Einkommenssteuer schmälern würde, kann kein einziger Stadtrat in Deutschland das bisherige Leistungsniveau aufrecht erhalten.

Wir wollen die Kinderbetreuung in München weiterhin ausbauen, um bei diesem Thema einsame Spitze in Bayern zu bleiben. Wir wollen die Schulstadt mit dem größten kommunalen Schulwesen der gesamten Bundesrepublik bleiben und wir verwahren uns dagegen, den Rotstift vorrangig im Kulturerat anzusetzen, nur weil dessen Leistungen „freiwillig“ im Sinne der kommunalen Haushaltsordnung sind. Mit anderen Worten: Wir weigern uns, die Stadt kaputt-zusparen, denn wir wissen, dass alle Bürger und übrigens auch die Repräsentanten der Bundesregierung und der Staatsregierung immer mehr von der Stadt erwarten und von ihr verlangen. Deshalb muss man ihr auch die erforderlichen Mittel geben, um die wachsenden Aufgaben bewältigen zu können.

V. Kommunale Forderungen

Deshalb müssen Deutschlands Städte und Gemeinden klare Forderungen an die Bundespoli-

tik, aber auch an die Landesebene richten:

1. **Hände weg von der Gewerbesteuer**, da bin ich ja zum Glück mit sämtlichen Kollegen im Deutschen Städtetag und im Deutschen Städte- und Gemeindebund einig. Jeder Versuch, die Gewerbesteuer ganz oder teilweise durch notdürftige Hilfskonstrukte zu ersetzen, muss abgewehrt werden. Ich kann nur hoffen, dass die Bochumer Zusage der Kanzlerin Bestand hat, sie war ja an keine politische Konstellation geknüpft worden, sondern als persönliches Bekenntnis zu verstehen. Hier geht es nicht um irgendeinen finanzpolitischen Zank, der die Bürgerschaft kalt lassen kann, sondern um die Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen. Wer sich an der Gewerbesteuer als zentraler Einnahmequelle der Kommunen versündigt, zerstört die kommunale Selbstverwaltung in ihrem Kern. Dies müssen sich die FDP und der Wirtschaftsflügel der Union sagen lassen: Ein Anschlag auf die Gewerbesteuer würde von nahezu sämtlichen Kommunen in Deutschland und ihren demokratisch gewählten Repräsentanten als Kampfansage verstanden!
2. Genauso dürfen die **kommunalen Einnahmen aus der Einkommenssteuer**– die zweitwichtigste Einnahmequelle der Kommunen – **nicht geschmälert werden**. Der Bund und die Länder haben gerade in der letzten Legislaturperiode den Kommunen immer mehr Leistungen abverlangt, vor allem beim Ausbau der Kinderbetreuung. Selbst einstigen Gegnern von Krippenplätzen kann der Ausbau heute nicht schnell genug gehen. Dazu passt es nicht, den Kommunen gleichzeitig Finanzquellen abzugraben!
3. Gestern tagte in Berlin der Gesamtvorstand der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände. Wir haben übereinstimmend festgestellt, dass der Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz nur umgesetzt werden kann, wenn Bund und Länder den Bedarf, der erheblich über 35 % liegt, endlich realistisch ermitteln und entsprechende Mittel zur Verfügung stellen. Nach dem Konnexitätsprinzip, das durch Volksentscheid auch in die Bayerische Verfassung hineingeschrieben wurde, sind die Länder verpflichtet, die zusätzlichen finanziellen Belastungen der Kommunen auszugleichen, die dadurch entstanden sind, dass die Länder im Bundesrat dem Rechtsanspruch zustimmten und die Trägerschaft der öffentlichen Jugendhilfe ausschließlich durch Landesrecht regelten.
4. Es darf **keine Rekommunalisierung der Kosten der Dauerarbeitslosigkeit** geben. Dass der Bund im Sozialgesetzbuch die finanzielle Verantwortung für diese Kosten übernahm, gehört zu den wenigen strukturellen Verbesserungen zu Gunsten der Kommunen, die im vergangenen Jahrzehnt durchgesetzt werden konnten. Wir lassen an dieser Finanzverantwortung des Bundes nicht rütteln! Wir haben gestern festgestellt, dass der Bund den Kommunen mit den Unterkunftskosten eine dramatisch steigende Last aufgebürdet hat, während er selbst dank vorteilhafter Regelungen nur einen sinkenden Kostenanteil erbringen muss. Diese Selbstbegünstigung des Bundes ist nicht hinnehmbar!
5. Eine weitere Forderung, auf die sich alle kommunalen Spitzenverbände gestern verständigen konnten, lautet: **Hände weg von den Sparkassen!** Für München gilt in besonderer Weise, dass sich die Sparkasse in der Krise als solides Geldinstitut, als Finanzdienstleister für jedermann und als Standortvorteil für die örtliche Wirtschaft glänzend bewährt hat. Deshalb wehren wir uns gemeinsam gegen jeden Versuch, die Krise der Landesbanken auf die Sparkassen abzuwälzen. Dabei spreche ich nicht von den Lasten, die die Sparkassen als Miteigentümer selbstverständlich mittragen müssen. Ich spreche vielmehr von den Versuchen von Landesbanken, mangels eines eigenen tauglichen Geschäftsmodells den

Sparkassen ruinöse Konkurrenz zu machen oder sich die Sparkassen einfach im Wege der sogenannten „vertikalen Integration“ einzuverleiben. „Hände weg von den Sparkassen“ ist auch eine Konsequenz aus der Finanzkrise, die überdeutlich gezeigt hat, wo Schrottpapier gestapelt werden und wo seriös gewirtschaftet wird!

6. **Kein Zwang zur Privatisierung!** Zu den Glaubenssätzen des neoliberalen Zeitgeistes, der 15 Jahre lang bis zum Ausbruch der Finanzkrise die öffentliche Debatte bestimmt hat, gehörte auch das Motto „Privat vor Staat“. München ist zum Glück dieser Parole niemals auf den Leim gegangen, während der Freistaat sein Energieunternehmen und der Landkreis unter seiner damaligen Mehrheit seine beiden Kliniken auf Münchner Grund veräußert hat. Bei sämtlichen Bürgerentscheiden, die in Deutschland zu diesem Thema durchgeführt wurden, hat sich die Mehrheit gegen geplante Privatisierungen entschieden. Viele Kommunen, die ihre Betriebe verkauft haben, bemühen sich jetzt in ihrer Verzweiflung, die Betriebe zurückzukaufen oder neue zu gründen. München weiß wie kaum eine andere Stadt, wie stark der Haushalt von den Stadtwerken profitiert. Es geht, wenn man Gewinnausschüttung, Konzessionsabgabe und Gewerbesteuer zusammenzählt, jährlich immerhin um eine Viertelmilliarde! Und daneben sind die Werke auch noch in der Lage, in den kommenden 3 Jahren 3 Milliarden zu investieren, vor allem in erneuerbare Energien, in den öffentlichen Nahverkehr und in die schnellen Netze der Telekommunikation. Dieses Investitionsprogramm wird es uns ermöglichen, die erste Stadt in Deutschland zu sein, die 2015 alle privaten Haushalte und 2025 sogar Privatkunden und Wirtschaftsunternehmen mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgen wird. So wird das ökonomisch bundesweit vorbildliche Unternehmen auch zu einem ökologischen Vorreiter. Vor diesem Hintergrund sage ich an die Adresse der neuen Koalition: Starke Stadtwerke sind unverzichtbar, um Wettbewerb überhaupt erst einzuführen, Stadtwerke ermöglichen kommunale Mitwirkung in der Energiepolitik, starke Werke helfen mit ökologischem Knowhow der deutschen Wirtschaft neue Märkte zu erschließen. Deshalb darf es keine Behinderung kommunaler Betriebe im Wettbewerb geben und erst recht keinen Zwang zur Privatisierung!

VI. In die Zukunft blicken

Leider konnte ich im Rahmen dieser Haushaltsrede die Ursachen und Auswirkungen der Krise und die Konsequenzen, die nun zu ziehen sind, nur andeuten. In Wahrheit sind dies die bedeutsamsten Fragen, die wir jetzt politisch klären müssen – ganz bestimmt über den Schlagabtausch bei der Einbringung des Haushalts hinaus. Deshalb lade ich Sie ein, an der Zukunftsreihe mitzuwirken, die in wenigen Tagen beginnen wird und nicht nur Strategien zur Vermeidung von Finanzkrisen ausloten möchte, sondern auch Zukunftschancen: neue Technologien, neue Steuerungsinstrumente, neue städtebauliche Ideen und Innovationen, neue Formen der Großstadtmobilität, neue Antworten auf den demographischen Wandel und die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, neue Wachstumschancen, von den erneuerbaren Energien über die Lifesciences bis zum Gesundheitssektor. Nicht nur alle Beteiligungsgesellschaften der Stadt wirken mit, sondern auch viele Partner wie der Regionale Planungsverband und die Europäische Metropolregion, die Industrie- und Handelskammer und das Unternehmen BMW, die große INZELL-Runde und das Münchner Forum. Die Zukunft sollte uns keine Last sein, sondern eine Lust. Vielen Dank!



Dr. Ernst Wolowicz
Stadtkämmerer

7. Oktober 2009

Münchens Haushalt 2010

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München am 7. Oktober 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

Haushaltsreden in diesen schwierigen Zeiten sind keine vergnügungsteuerpflichtigen Angelegenheiten, weder für den Vortragenden noch für die Zuhörenden.

Lassen Sie mich Sie daher zunächst gedanklich in zwei paradiesische Gefilde entführen, bevor wir uns pflichtgemäß der wenig „antunenden“ Haushaltslage der deutschen Kommunen und Münchens widmen werden. Unser erstes paradiesisches Gefilde ist ein Steuerparadies. Nein, nicht wie Sie jetzt vielleicht meinen die Cayman Islands, die Bahamas oder die Kanal-Inseln. „Warum in die Ferne schweifen, liegt das Gute doch so nah“?

Deutschland – ein Steuerparadies (für wenige)

Machen Sie mit mir eine Reise durch das Steuerparadies Deutschland einschließlich der Steueroase Bayern.

Dieses Steuerparadies hat allerdings einen großen Schönheitsfehler. Für alle Lohnsteuerzahler, die an der Quelle ihres Einkommens besteuert werden, aber auch für viele Unternehmer und Freiberufler – v.a. für die ohne internationale Steuerverrechnungsmöglichkeiten – heißt es nämlich: „Zutritt zum Paradies verboten“.

Doch zunächst zum positiven: zumindest für Vermögensbesitzer, Nutznießer von großen Kapitalerträgen und Mit-Eigentümer von großen Kapitalgesellschaften. Im internationalen Vergleich der wirtschaftlich entwickelten Staaten ist Deutschland für diese sozialen Gruppen eine wunderschöne Oase.

Die steuerpolitische Diskussion in Deutschland hat viel mit Ideologie zu tun, wenig mit Fakten. Ich bitte Sie daher um Verständnis, dass ich Ihnen jetzt eine Fülle empirischer Daten zumuten muss, die von der EU oder der OECD kommen:

Bei dem Anteil der Steuereinnahmen aus Vermögen und Erbschaften am Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird Deutschland mit 0,9 % bei den 30 wirtschaftsstärksten Staaten der OECD nur noch von Österreich unterboten und liegt weit unter dem OECD-Durchschnitt von 2,0 % und dem EU 16- Durchschnitt von 2,1 %.

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München
Telefon: (0 89) 2 33-9 21 00
Telefax: (0 89) 2 33-2 89 98

Eine Anhebung auf das Durchschnittsniveau würde Deutschland jährliche Mehreinnahmen von 25 Mrd. Euro bringen und nach der deutschen Steuersystematik zu 100 % den Bundesländern und den Kommunen zu gute kommen.

Beim Anteil der Unternehmenssteuer-Einnahmen am BIP liegt Deutschland mit 1,4 % innerhalb der „alten“ 16 EU-Mitglieder an letzter Stelle! Der Durchschnitt bei den OECD-Staaten liegt bei 3,4 %. Beim Anteil der Steuereinnahmen aus allen Formen von Kapitalerträgen liegt Deutschland innerhalb der EU-16-Staaten mit 7,3 % Anteil am BIP an viertletzter Stelle.

Auch beim prozentualen Anteil der Vermögens-, Kapitalertrags- und Unternehmenssteuern (sog. Gewinnsteuern) am Gesamtsteueraufkommen liegt Deutschland innerhalb der OECD mit 8,4 % an vorletzter Stelle. Würde Deutschland Unternehmen und Vermögende auf dem Niveau des Durchschnitts der OECD von 16,8 % besteuern, wären dies Steuermehreinnahmen von 75 Mrd. Euro.

Hingegen liegt Deutschland beim Anteil der Lohnsteuer-Einnahmen am BIP mit 19,0 % innerhalb der EU 16-Staaten auf Platz 7 und damit eher im Vorderfeld. Beim Anteil der gesamten Steuereinnahmen am BIP liegt Deutschland mit 24,3 % innerhalb der EU an vorletzter Stelle, nur noch unterboten von Griechenland.

Bei der Abgabenquote (Steuereinnahmen und Sozialversicherungsabgaben) liegt Deutschland mit 39,5 % sowohl bei den EU 16 als auch bei den OECD-Ländern im Durchschnitt.

Geringe Gewinnbesteuerung führt zu unterfinanziertem Staat

Die gesamte Steuerlastverteilung in Deutschland verschob sich in den letzten Jahren systematisch immer mehr auf die sogenannten Massensteuern (Lohnsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer usw.), während der Anteil der sogenannten Gewinnsteuern (veranlagte Einkommenssteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Zinsabschlagssteuer etc.) sank.

Betrag 1960 der Anteil der Massensteuern am Gesamtsteueraufkommen 1960 nur 37,5 %, ist er bis 2008 auf 70,2 % angestiegen, während der Anteil der Gewinnsteuern an den Gesamtsteuereinnahmen von 34,7 % 1960 (also in den Zeiten Ludwig Erhards!) auf 20,7 % 2008 sank. Der Restbetrag sind sonstige Steuern.

Während der Anteil der Gewinnquote (Einnahmen aus Vermögen und Unternehmen) am Volkseinkommen inzwischen auf über 36 % angestiegen ist, beträgt der Anteil der Gewinnsteuern an den Gesamtsteuereinnahmen nur noch 20 %.

Angesichts dieser generösen Steuerpolitik für bestimmte soziale Gruppen ist es kein Wunder, dass die öffentliche Hand in Deutschland dauerhaft strukturell unterfinanziert ist. Eine Zahl sagt dazu alles aus: Seit 50 Jahren gab es nur einmal einen positiven Finanzsaldo der öffentlichen Hand, nämlich im Jahr 2007!

Die Großzügigkeit bei Gewinnsteuern hat allerdings sehr negative Folgen für die Infrastruktur und damit für die Zukunft dieses Landes. Deutschland ist beim Anteil der Bildungsausgaben und der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt kein wunderschönes Paradies, sondern eher eine öde Wüstenei.

Die Folge: zu geringe Bildungsausgaben und marode Infrastruktur

Der jüngste Bildungsbericht der OECD bestätigt wieder einmal, dass Deutschland beim Anteil der Bildungsausgaben am BIP mit 4,8 % weit unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten mit 5,7 % liegt. Um wenigstens diesen Durchschnitt zu erreichen, müssten die Bildungsausgaben im Jahr um 22 Mrd. Euro gesteigert werden. Wer die „Bildungsrepublik Deutschland“ gestalten will, muss sagen, woher dieses Geld kommen soll.

Beim Anteil der Bildungsausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben liegt Deutschland mit 9,7 % in der OECD an drittletzter Stelle und weit unter dem Durchschnittswert von 13,3 %. Zwischen 1995 und 2005 sind die öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland real nur um 8 % angestiegen. Mit dieser geringen Wachstumsrate steht Deutschland in der OECD an der letzten Stelle.

Beim Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP liegt Deutschland mit 1,5 % innerhalb der OECD an vorletzter Stelle, nur noch unterboten von Österreich. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 2,4 %. Die Investitionen der deutschen Gemeinden, die 60 % aller öffentlichen Investitionen ausmachen, sind heute inflationsbereinigt nur ein Drittel so hoch wie Anfang der 70er Jahre. Hingegen ist der Anteil der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben der Gemeinden heute fünfmal so hoch wie 1970.

Dieser Investitionsstau ist eine Versündigung an der Zukunft dieses Landes und ein gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Skandal. Die Infrastruktur dieses Landes wird nicht nachhaltig gepflegt und gehegt, sondern heruntergewirtschaftet. Dies spielt aber leider in der politischen Diskussion kaum eine Rolle.

München hält dagegen: hohes Investitionsniveau und stark gestiegene Bildungsausgaben

In München haben wir seit 1990 den Anteil der Bildungs- und Kinderbetreuungsausgaben an den Gesamtausgaben stetig erhöht. Allein das Budget des Schulreferates stieg von rund 500 Mio. Euro 1993 auf 768 Mio. Euro 2008. Das ist eine Steigerung um 57%. Wir haben gerade auch in schlechten konjunkturellen Zeiten das Investitionsniveau insgesamt sehr hoch gehalten und damit die öffentliche Infrastruktur in dieser Stadt verbessert.

München hat dem Drängen nach Hebesatzsenkungen bei Steuern ebensowenig nachgegeben wie dem Ruf nach Privatisierung von Beteteiligungsunternehmen zur kurzfristigen Einnahmesteigerung, was politischen Mut erforderte.

München gehörte mit diesem Kurs lange nicht zum politischen mainstream in diesem Land, der „Privat vor Staat“ forderte und förderte. Aber: „Die ideologische These „Privat vor Staat“ hat sich als Trugschluss erwiesen.“ Dieses Zitat stammt nicht von mir, sondern vom Präsidenten des bayerischen Städtetages, Regensburgs Oberbürgermeister Schaidinger (CSU). Angesichts der Haushaltsnöte der öffentlichen Hand wird der Druck, öffentliche Unternehmen und Dienstleistungen zu privatisieren, wieder zunehmen. Wir werden diesem Druck jedoch weiter widerstehen.

Eine gute Infrastruktur hat ihren Preis. Sie kann von der Stadt nur dann zur Verfügung gestellt werden, wenn für ihre Schaffung und ihren Erhalt ausreichend Einnahmen zur Verfügung stehen. Die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen dieser Stadt bekommen für ihre Steuer- und Gebührenabgaben einen angemessenen Gegenwert in Form einer im Städtevergleich sehr guten öffentlichen Infrastruktur, zu denen auch die kommunalen Unternehmen der Landeshauptstadt einen wichtigen Beitrag leisten.

München hat auch dann antizyklische Politik betrieben und durchgehalten, als wir damit lange fast allein waren. Wir werden dies auch dann versuchen durchzuhalten, wenn andere wieder prozyklische Politik machen werden, was viele Kommunen der Not gehorchend werden tun müssen und Bund und Länder auch in Vorbereitung der Regelungen der sogenannten Schuldenbremse tun werden.

Steuerparadies Deutschland Teil 2 – zu lasche Steuerprüfung

Doch noch einmal zurück zum Steuerparadies Deutschland. Es ist auch deswegen in vielen Bereichen ein Steuerparadies, weil das Inkasso von Steuerforderungen und die Überprüfung der Steuerehrlichkeit sehr lasch gehandhabt wird.

Ein Staat, der in den nächsten Jahren vor gewaltig wachsenden Ausgaben für Zins und Tilgung der für die Bankenrettung und Konjunkturförderung aufgenommenen Kredite und vor steigenden Sozialausgaben wegen wachsender Arbeitslosigkeit steht, sollte eigentlich mit größter Energie darüber nachdenken, wie er seine Steuerforderungen besser und umfassender eintreiben kann. Davon ist aber bei den dafür zuständigen Bundesländern kaum etwas zu bemerken.

Dies hängt vielleicht damit zusammen, dass die jetzige Praxis von manchen als Standortvorteil für Unternehmen gesehen wird und dass wegen des Finanzausgleiches zwischen den Bundesländern zwei Drittel der Mehreinnahmen durch häufigere Steuerprüfungen von den „reichen Bundesländern“ in die „armen Bundesländer“ abwandern.

Die jetzige Praxis des Steuervollzuges ist ein Skandal. Es mangelt an Steuerprüfern und an technischer Ausstattung in den Finanzämtern. Dies hat der Präsident des Bundesrechnungshofes in seinem Bericht 2006 sehr deutlich formuliert: „Die Steuererklärungen werden nur noch im Schnellverfahren bearbeitet. Den Bearbeitern bleibt nichts anderes übrig, als die Angaben ganz überwiegend zu übernehmen und abzuhaken. Der Bundesrechnungshof ist der Auffassung, dass der gesetzmäßige und gleichmäßige Vollzug der Steuergesetze nicht mehr gewährleistet ist.“

Die Politik ist über diese vernichtende Kritik weitgehend hinweg gegangen. Es ist ja weit populärer, immer weitere Steuersenkungen zu versprechen und zu beschließen als zusätzliche Finanzbeamte auszubilden und einzustellen.

Selbst nach den knappen Personalvorgaben der Bundesländer fehlen derzeit 3000 Beschäftigte bei der Betriebsprüfung. Nach Berechnungen der Steuergewerkschaft fehlen sogar 10000 FinanzamtsmitarbeiterInnen, deren Neueinstellung zu jährlichen Brutto-Steuer Mehreinnahmen von 30 Mrd. Euro führen würde. Sparsamkeit ist gut, aber nicht an dieser Stelle

Jeder zusätzliche Betriebs- und Umsatzsteuerprüfer erzielt jährlich im Durchschnitt Mehreinnahmen von einer Million Euro, 3000 zusätzliche Prüfer würden also zu 3 Milliarden Euro Mehreinnahmen führen. Ein Steuerfahnder bringt im Schnitt Mehreinnahmen von 1,6 Mio. Euro.

Die bundesdurchschnittliche Kontrolldichte bei der Betriebsprüfung von Unternehmen ist bisher sehr gering: Eine Betriebsprüfung erfolgt bei Großunternehmen alle 4 Jahre, bei Mittelunternehmen alle 13 Jahre, bei Kleinunternehmen alle 24 Jahre und bei Kleinstunternehmen alle 76 Jahre.

Zwischen den Bundesländern bestehen zudem große Unterschiede. Im Durchschnitt kommen bei der Betriebsprüfung 0,168 Prüfer auf 1000 Einwohner, in Bayern sind es nur 0,148. Bei den Steuerfahndern pro 1000 Einwohnern liegt Bayern bundesweit im Ländervergleich an vorletzter Stelle.

Der Bayerische Oberste Rechnungshof stellte 2007 dazu fest: „Die bayerischen Steuerfahndungsstellen können ihren Auftrag Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten zu erforschen und in diesen Fällen die zutreffenden Besteuerungsgrundlagen zu ermitteln, sowie unbekannteste Steuerfälle aufzudecken, nur noch in eingeschränktem Umfang wahrnehmen.“

Seitdem ist es in Bayern leider nicht besser geworden. Der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofes Dr. Heinz Fischer-Heidberger erklärte am 20. April 2009 auf der Tagung der Amtsleiter der bayerischen Finanzämter: „Wir alle wissen, dass Ihnen für das jährliche Besteuerungsverfahren über 5 % an Personal fehlen... Lange Rede – kurzer Sinn, Sie wissen es besser als ich: Die Finanzämter leiden unter großer Arbeitsbelastung und enormen Leistungsdruck. Eine Besserung ist nicht in Sicht, im Gegenteil. Ich halte mich mit politischen Äußerungen zurück. Kritische Anmerkungen des ORH-Präsidenten müssen aber erlaubt sein. Ich stelle zunehmend fest, dass der Gesetzgeber nicht mehr darauf achtet, wie der Vollzug der Gesetze organisiert werden soll oder wie viel dies kostet.“

Recht viel deutlicher kann ein dem beamtenrechtlichen Mäßigungsgebot unterliegender Bayerischer Rechnungshofpräsident wohl kaum werden. Auf positive Resonanz ist seine Rede bei der Bayerischen Staatsregierung bisher nicht gestoßen.

Aber vor Wahlen Erbschaftsteuerreformen zu fordern, von denen man weiß, dass sie im Bundesrat nie mehrheitsfähig sein werden, da die große Mehrzahl der Bundesländer unter einem Dumpingwettbewerb der Bundesländer leiden würde, ist ja einfacher als Konsequenzen aus dieser Rede zu ziehen.

Weitere Reduzierungen der Erbschaftsteuer-Einnahmen zu fordern, heißt nichts anderes als Eulen in das für bestimmte soziale Gruppen bereits real existierende Steuerparadies Deutschland/Bayern zu tragen.

Der Bundesrechnungshof hat 2005 übrigens auch festgestellt, dass im Bundesdurchschnitt die Einkommensteuererklärungen von Personen mit einem Jahreseinkommen von über 500.000 Euro nur in 15 % der Fälle überprüft werden und ansonsten antragsgemäß veranlagt werden. Schön für diese glücklichen 85 %, unschön für die Steuereinnahmen.

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist das im Juli dieses Jahres beschlossene Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung, dessen Durchführungsverordnung der Bundesrat vor kurzem gebilligt hat. Es wird aber nur dann effektiv umgesetzt werden können, wenn der Personalmangel in den Finanzämtern beendet wird. Hier sind alle Bundesländer gefordert, v.a. das finanziell vergleichsweise gut dastehende Bayern.

Die Auswirkungen der bisherigen sehr laschen Handhabung des Steuervollzuges auf die Kommunen sind sehr negativ. Durch die dadurch bedingten Mindereinnahmen von Steuern fehlen den Kommunen jedes Jahr Milliarden an Steuereinnahmen bei der Gewerbesteuer und bei ihrem Anteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer.

Jeder neu zusätzlich eingestellte Betriebsprüfer, Umsatzsteuerprüfer und Steuerfahnder würde auch Mehreinnahmen für die Gemeinden bewirken. München würde davon besonders stark profitieren.

Dass unsere Haushaltslage nicht noch schwieriger ist, liegt auch daran, dass durch Steuerprüfungen für teilweise weit zurückliegende Veranlagungsjahre bei der Gewerbesteuer dieses Jahr in hoher dreistelliger Summe Einnahmen erzielt wurden. Allein bei einem Großfall erhielten wir für das weit zurückliegende Veranlagungsjahr 1999 74 Mio. Euro Gewerbesteuer-nachzahlungen.

Die Kommunalen Spitzenverbände sollten diese Thematik des konsequenten Steuervollzuges nicht mehr aus den Augen verlieren und Bund und Länder hierbei durch eine sehr kritische Begleitung fordern und damit Steuereinnahmen fördern.

Lassen Sie uns nun – sofern wir Vermögensbesitzer, Kapitalertrags-Nutznieser und Miteigentümer von großen Kapitalgesellschaften sind und das sind hoffentlich möglichst viele von uns – beschwingt und voller Optimismus zum nächsten Paradies aufbrechen, das bis vor kurzem sehr bedroht erschien: in die globalen Finanzmärkte. Um nicht in die Rolle des ehemaligen Bundestagspräsidenten Jenninger zu geraten, kündige ich vorsorglich an, dass ich mich hier teilweise sehr ironisch äußere.

Auch das Paradies für Finanzspekulanten besteht weiter

Auch den Finanzspekulanten droht in absehbarer Zeit offensichtlich keine Vertreibung aus ihrem Paradies. Wegen des Banken- und Finanzmarkt-Crash waren zwar schwere Gewitterwolken am Horizont aufgezogen. Es gab großspurige und sehr radikal klingende Ankündigungen der Politik über drastische Regulierungsmaßnahmen zur Beschneidung dieses Spekulations-Paradieses der internationalen Finanzmärkte. Aber diese Gewitterwolken in Form von angebotenen staatlichen nationalen und internationalen Regulierungsmaßnahmen sind weitgehend verzogen. Es geht munter weiter wie vor dem Crash, fast so als ob nichts gewesen wäre.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor ziemlich genau einem Jahr auf Vorschläge des Forums für Finanzstabilität (FSF) aus Notenbankern und Finanzmarktaufsichtern verwiesen, die umgesetzt werden müssten. Bei diesen Anregungen geht es um mehr Transparenz, härtere Eigenkapitalanforderungen für risikoreiche Geschäfte bei Banken, mehr Aufsicht und Verbesserungen bei den Ratingagenturen. "Es kommt nun darauf an, dass das jetzt wirklich implementiert werden muss", sagte die Kanzlerin damals. In diesem Punkt stehe ich voll hinter unserer Bundeskanzlerin. Den Worten müssen nun aber endlich Taten folgen!

Morgan Stanley, die Deutsche Bank und andere erzielen zunächst wieder sehr hohe Renditen gerade im sog. Investmentbereich, also bei Spekulationen auf den Finanzmärkten. Auch die mit 18 Mrd. Euro Finanzhilfen des Staates gerettete Banken wie die Commerzbank/Dresdner Bank eifern diesem Vorbild nach.

Zudem erzielen diese Banken auch hohe Gewinne daraus, dass sie Staatsanleihen vermitteln, die der Staat eben wegen der Rettung der Banken in erheblicher Höhe neu auflegen muss. Dieses „Geschäftsmodell“ mag aus Sicht der Eigentümer genial sein, es schröpft aber alle SteuerzahlerInnen.

Es wird mit denselben hochriskanten Finanzinstrumenten spekuliert wie vor der Krise, z.B. auch wieder mit der Verbriefung von teilweise sehr risikobehafteten Forderungen. Die Spekulationsblasen entstehen aller Orten wieder. Wann der nächste crash kommt und wie groß er sein wird, weiß keiner, aber er wird kommen. Darauf würde ich mit meinem geringen Privatvermögen hohe Wetten eingehen, falls jemand dagegenhält.

Dann muss und wird der Staat wieder seine Bewährungsprobe aus Sicht der Herren der Finanzmärkte (Damen gibt es hier keine) bestehen, nämlich auf Kosten der Masse der SteuerzahlerInnen die so genannten systemischen Banken mit Milliardensummen retten.

Aus Sicht der großen Profiteure der Finanzmärkte hat der Staat jetzt zunächst seine Schuldigkeit getan, er soll wieder gehen und die Finanzmärkte sich selbst überlassen, bis man ihn wieder zum Sozialisieren der Verluste braucht.

Wirksame Regulierungsinstrumente für die Finanzmärkte wird es vermutlich nur in zarten Ansätzen oder gar nicht geben:

- Ausreichende Eigenkapitalabdeckung von Risiken bei den Banken
- Sogenannte Selbstbehalte bei den Vertreibern teilweise hochriskanter Finanzprodukte
- Öffentlich kontrollierte Ratingagenturen
- Effektive Finanzaufsichtsbehörden auf nationaler, EU- und Weltebene
- Verbot von hochriskanten Finanzinstrumenten
- Finanzprodukte-Zulassungs-TÜV
- Öffentliche Kontrolle bzw. Entflechtung von „systemischen Banken“, um ein „systemisches Risiko“ zu vermeiden,

um nur die wichtigsten zu nennen.

Im Kommentar „Billige Boni“ hat Claus Hulverscheid (SZ 25.9.2009 Seite 4) zu Recht darauf hingewiesen, dass die Boni-Diskussion objektiv nur davon ablenkt, dass an die Ursachen des großen Crash nicht herangegangen wird: „Nicht falsche Bonus-Regelungen haben das größte Banken-Desaster aller Zeiten verursacht. Gründe waren vielmehr das blinde Markt-Vertrauen vieler Eliten, mangelnde Regulierung und billiges Notenbank-Geld – vor allem aber das Wissen der Bankvorstände, dass der Staat ihre Institute selbst bei größtem Manager-Versagen herauspauken muss.“ Er schließt mit der Bemerkung, es sei sicher populär Managergehälter zu thematisieren, die nächste Krise werde aber so nicht verhindert werden.

In einem Kommentar des Münchner Merkur vom 15.09.2009 heißt es zur Rolle der Politik: „Es gäbe soviel anzupacken für die Regierungen in aller Welt: Bei den Zweckgesellschaften, in denen Banken unbemerkt Milliardenrisiken züchten konnten. Bei den Ratingagenturen, die Schrottpapieren Qualitätssiegel aufdrückten. Bei den Banken, die mit dürrem Eigenkapital fette Geschäfte machen konnten. Bei Aufsichtsbehörden, die all das nicht erkannten. Doch außer einer Vielzahl von Konferenzen, Kommissionen und Gipfeltreffen ist nichts passiert. Stattdessen wird eine politisch inszenierte Alibi-Debatte um Bonuszahlungen geführt, die wenig dazu beitragen kann, künftige Krisen zu vermeiden.“

Die Kommunalpolitik tut gut daran sich darauf einzustellen, dass jede Einnahmeplanung unter dem Vorbehalt und dem eventuell frommen Wunsch zu erstellen ist, dass große Finanzmarktkrisen doch bittesehr nicht auftreten mögen.

Die Entwicklung der letzten 10 Jahre zeigt, dass kommunale Haushaltspolitik nicht nur wie bereits die letzten 150 Jahre mittelfristige Finanzplanung unter dem Damoklesschwert der zyklisch auftretenden konjunkturellen Krisen machen muss, sondern nunmehr auch unter dem Damoklesschwert größerer oder kleinerer Finanzmarkt- und Banken Krisen. Bitte sehen Sie daher die Einnahmeschätzungen bei unserem Finanzplan und beim Mehrjahres-Investitionsprogramm (MIP) für die Jahre 2009 bis 2013 unter größtem Vorbehalt.

Kommunalpolitik wird leider mehr denn je zum Objekt ökonomischer Entwicklungen, die vor Ort nur partiell zu beeinflussen sind.

Kein Paradies: die öffentlichen Finanzen in Deutschland

Nach dem Ausflug in zwei Paradiese nun zur Finanzsituation der öffentlichen Hand in Deutschland. Sie wird leider in den nächsten Jahren alles andere als paradiesisch sein, es wird eher ein Gang durch das Fegefeuer sein oder im worst case durch die Hölle.

Die Projektion des Finanzplanungsrates beim Bundesdesfinanzministerium vom August dieses Jahres geht bei einer aus meiner Sicht durchaus optimistischen Annahme einer jahresdurchschnittlichen Steigerung des nominalen BIP von 1,1 % davon aus, dass die deutschen Kommunen insgesamt in den nächsten Jahren einen negativen Finanzsaldo haben werden:

2009	2010	2011	2012	2013
-3,5 Mrd. Euro	-11,5 Mrd. Euro	-10 Mrd. Euro	-8 Mrd. Euro	-6 Mrd. Euro

Es kann aber auch noch schlimmer kommen.

Wegen der großen Steuereinnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer ist die Höhe der Kassenkredite der deutschen Gemeinden bereits jetzt auf die neue Rekordhöhe von 32,5 Mrd. Euro empor geschneilt.

Experten des Deutschen Städtetages gehen davon aus, dass von den Gewerbesteuermindereinnahmen des Jahres 2009 zwei Drittel der Wirtschaftskrise und ein Drittel der letzten Unternehmenssteuerreform geschuldet sind. Letzteres droht in Vergessenheit zu geraten.

Mit der bevorstehenden zunehmenden Arbeitslosigkeit werden die Einkommenssteuereinnahmen erodieren und die Sozialausgaben explodieren. Hinzu kommen wachsende laufende Ausgaben für zusätzliche Kinderbetreuungseinrichtungen.

Da sich auch die Bundesländer und der Bund in den nächsten Jahren in ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten befinden werden, ist zu befürchten, dass sie zulasten der Kommunen sparen werden, beim kommunalen Finanzausgleich, bei der Teilerstattung von Aufwendungen der Kommunen für Miet- und Heizungskosten von ALG II- EmpfängerInnen und bei Betriebskosten-Zuschüssen für kommunale Kinderbetreuungseinrichtungen. Zudem muss sich der Bund auf die Regelungen der Schuldenbremse ab 2016 vorbereiten, die Bundesländer auf das Kreditaufnahmeverbot ab 2020.

Aus diesen Gründen ist damit zu rechnen, dass die Kommunen längere Zeit in einer Haushaltskrise sein werden

In den Jahren 2009 bis 2011 können die Kommunen im Schnitt wegen der Förderungen aus dem Konjunkturpaket II ihr Investitionsniveau hoffentlich noch halten. Spätestens danach ist aber mit einem großen Einbruch bei den Investitionen zu rechnen.

Für München sei noch einmal daran erinnert, dass die Landeshauptstadt München aus dem überwiegend vom Bund finanzierten Mitteln des Konjunkturpaketes II für die Jahre 2009 bis 2011 netto 52 Mio. Euro erhält, aber wegen vom Bundestag und Bundesrat beschlossenen Steueränderungen im selben Zeitraum Mindereinnahmen von 300 Mio. Euro haben wird.

Für die Demokratie in Deutschland sind die Kommunen zweifellos von „systemischer Bedeutung“, mindestens eben so sehr wie die großen Banken für das Wirtschaftssystem. Die Rettung der Banken war unserem Staat viele Hundert Milliarden Euro wert. Die Erhaltung der Finanz- und Investitionskraft der Kommunen durch Rettungsaktionen des Bundes und der Länder wäre weit billiger zu haben.

Mal sehen, ob es bei den angekündigten Steuersenkungen und den Sparmaßnahmen des Bundes und der Länder politisch möglich sein wird, das „systemische Risiko“ einer Aushöhlung der Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung zu vermeiden. Ich bin da sehr skeptisch, habe aber nichts dagegen, wenn ich hier widerlegt werde.

Auswirkungen der Krise auf den Stadthaushalt

Bevor ich zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 für unsere Stadt komme, noch ein kurzer Blick in das laufende Haushaltsjahr 2009, für das ich Ihnen in wenigen Tagen die Beschlussvorlage zum Entwurf des 2. Nachtragshaushaltsplanes 2009 vorlegen werde.

Trotz der Haushaltssperre und der Umsetzung des 2. und des 4. Haushaltskonsolidierungskonzeptes wird die laufende Verwaltungstätigkeit (ohne Berücksichtigung des Sondereffektes einer SWM-Gewinnausschüttung) einen Negativsaldo von 79 Mio. Euro aufweisen. Der Ergebnishaushalt wird sogar einen Negativsaldo von 396 Mio. Euro haben.

Erfreulich ist allerdings, dass wir dieses Jahr doch noch ohne Nettoneuverschuldung auskommen werden. Der Schuldenstand des Hoheitshaushaltes bleibt daher trotz des schlimmsten Wirtschaftsjahres seit 1945 zunächst beim Stand von 2,3 Mrd. Euro.

2010: Defizit, Nettoneuverschuldung, aber weiterhin hohes Investitionsniveau

Der Ausblick auf das Haushaltsjahr 2010 ist alles andere als erfreulich, weil mit eher sinkenden Gesamtsteuereinnahmen und steigenden Sozial- und Kinderbetreuungsausgaben zu rechnen ist. Sowohl die laufende Verwaltungstätigkeit im Gesamtfinanzhaushalt wie der Gesamtergebnishaushalt werden einen Negativsaldo aufweisen.

Die Änderungen im Vergleich zum Eckdatenbeschluss sind dabei geringfügig. Beim Gesamtfinanzhaushalt erhöht sich der Fehlbetrag der laufenden Verwaltungstätigkeit von bisher 86 auf 132 Mio. Euro. Gründe dafür sind v.a. Minderungen bei den Sonstigen Einnahmen und Mehrauszahlungen im Sozialreferat (wegen der Korrektur eines zu geringen Ansatzes im Eckdatenbeschluss bei den Hausbewirtschaftungskosten) und im Schulreferat.

Die Investitionen gehen wegen Maßnahmen mit derzeit noch fehlenden Veranschlagungsvoraussetzungen zunächst von bisher 700 Mio. Euro auf 605 Mio. Euro zurück. Rechnet man diese in Höhe von 56 Mio. Euro hinzu, betragen die Investitionen 661 Mio. Euro. Voraussichtlich werden die Investitionen bei den beiden Nachtragshaushalten 2010 an die 700 Mio. Euro heranreichen.

Schwerpunkte bei den Investitionen 2010 sind:

- die Schulen mit über 137 Mio. Euro
- Kinderbetreuungseinrichtungen mit über 50 Mio. Euro
- der Wohnungsbau mit fast 80 Mio. Euro
- der Kulturbereich (u.a. Sanierung Stadtmuseum und Deutsches Theater, Großinstandsetzung Lenbachhaus, Neubau NS-Dokumentationszentrum, Neubau Mittelpunktsbibliotheken) mit fast 65 Mio. Euro.
- Der Ausbau des Mittleren Ringes mit 66 Mio. Euro

Der Preis für dieses anhaltend hohe Investitionsniveau in wirtschaftlichen Krisenzeiten ist eine geplante Nettoneuverschuldung von 218 Mio. Euro im Jahr 2010.

Obwohl seit Monaten schon heftig diskutiert, sind wegen fehlender Planungsreife im Jahr 2010 weder Investitionszuschüsse für die Markthallen noch für den Gasteig vorgesehen. Im nächsten Jahr wird aber die Grundsatzentscheidung über die Höhe der Gesamtkosten getroffen werden, die bei beiden Projekten jeweils im dreistelligen Millionenbereich liegen werden.

Bei allen Investitionen sind immer auch die Folgekosten für die nächsten Jahrzehnte bei Aufwendungen für die Abschreibungen und bei den Auszahlungen im Personal- und Sachkostenbereich zu berücksichtigen. Auf 50 Jahre Lebenszeit berechnet erreichen z.B. allein die Betriebskosten für eine Schule (ohne Personal- und laufende Unterrichtssachaufwandskosten) das 2-3 fache der Investitionssumme.

Es sei auch nicht verschwiegen, dass bei dieser Haushaltsplanung eine negative Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes zum Jahresende 2010 in Höhe von über 300 Mio. Euro in Kauf genommen werden muss, wenn man mit einkalkuliert, dass die Investitionen im nächsten Jahr eher bei 700 Mio. als bei 600 Mio. Euro liegen werden.

Keine Alternative zur konsequenten Umsetzung der Haushaltskonsolidierung

Es gibt daher keine Alternative zur konsequenten Umsetzung des 4. und des im Mai 2009 beschlossenen neuen 5. Haushaltskonsolidierungskonzeptes.

Vor jeder Erweiterung oder Intensivierung der Aufgabenerfüllung ist zu prüfen, ob diese unverzichtbar ist.

Angesichts der düsteren Haushaltsperspektiven Münchens geht es nicht um das politisch Wünschbare, sondern um das finanziell Verantwortbare !

Die zahlreichen Stellungnahmen der Stadtkämmerei zu Beschlussvorlagen in den Fachausschüssen weisen unverdrossen darauf immer wieder hin. Die Erfolgsquote dieser Stellungnahmen bei den Abwägungen des Stadtrates ist bei derzeit etwa 2% nach oben noch fast unbegrenzt steigerungsfähig.

Als besonderen Service wird Sie die Kämmerei auch penetrant über die seit Beginn der Amtszeit beschlossenen einmaligen und dauerhaften Auszahlungserhöhungen in den jeweiligen Fachausschüssen informieren und dies zukünftig durch einen jährlich fortgeschriebenen Gesamtüberblick ergänzen.

Beim Gesamtergebnishaushalt (Ressourcenverbrauchs Betrachtung) steigt der Fehlbetrag im Jahr 2010 im Vergleich zum Eckdatenbeschluss von bisher 493 auf 577 Mio. Euro an.

Ursache dafür sind die Mehraufwendungen im Sozial- und Schulreferat sowie die wegen der stetigen Investitionspolitik wachsenden Aufwendungen für Abschreibungen und die steigenden Zuführungen an Pensionsrückstellungen.

Die Stadt wird also im nächsten Jahr stark von der Substanz zehren müssen. Das rechnerische Eigenkapital von derzeit ca. 8,16 Mrd. Euro wird dementsprechend voraussichtlich um über eine halbe Milliarde Euro zurückgehen. Bei fast allen Bundesländern wie beispielsweise auch bei Bayern und der großen Mehrheit der bayerischen Gemeinden, die an der Kameralistik festhalten, wird dieser Substanzverzehr auch erfolgen, aber im Haushalt nicht erfasst und ausgewiesen werden. Wir in München verbergen dies aufgrund der freiwillig eingeführten kaufmännischen Buchführung nicht. Wir sorgen hier für Transparenz und Ehrlichkeit.

Die Schätzung der Erträge/Einzahlungen im Bereich der Steuern kann sich beim Schlussabgleich noch stark verändern, je nachdem zu welchen Prognosen der Arbeitskreis Steuerschätzung im November kommen wird.

Es ist damit zu rechnen, dass die Auszahlungen/Aufwendungen im Bereich des Sozialreferates wegen der wachsenden Arbeitslosigkeit weit höher sein werden als im derzeitigen Haushaltsplan-Entwurf ausgewiesen.

Der neue produktorientierte doppische Haushalt ermöglicht Ihnen die Auswirkungen von Veränderungen der Finanzausstattung der einzelnen Produkte auf die Quantität und Qualität der Leistungserbringung zu sehen. Ich empfehle Ihnen daher sehr, sich für Ihre jeweiligen Fachausschuss-Sitzungen im Oktober die Produktdatenblätter sehr genau anzuschauen.

Der doppische produktorientierte Haushalt enthält viele Informationen, die der kamerale Haushalt „vorsichtshalber“ erst gar nicht erfasst, wie z.B. Abschreibungen und Pensionslasten der Zukunft und die systematische Erfassung des Vermögens und der Schulden. Die Haushaltsplanung und der Haushaltsvollzug sind daher komplexer als in kameralen Zeiten.

Ich bin allerdings der Auffassung, dass unser Münchner Kommunales Rechnungswesen teilweise überkomplex ist (mit einem damit verbundenen hohen Personaleinsatz) und werde Ihnen daher nach intensiver Diskussion in der Verwaltung und unter Aufgreifen von Steuerungs- und Informations-Anforderungen aus dem Stadtrat noch rechtzeitig vor der Sommerpause 2010 einen Vorschlag zur Weiterentwicklung des Münchner Kommunalen Rechnungswesens machen.

Wenn Sie mich für meine Mitschuld an dieser partiellen Überkomplexität wirksam bestrafen wollen, brauchen Sie nur die Höchststrafe zu verhängen und mich als Stadtkämmerer wieder zu wählen.

Traditionell beglücke ich den Stadtrat mit einem Zitat zu den Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen und zum Schlussabgleich im Dezember-Plenum, meist mit einem lateinischen Zitat.

Dieses Mal weiche ich aus gegebenem Anlass im Hinblick auf wichtige Personalentscheidungen über Kommunale Wahlbeamte im Plenum am 25. November davon ab.

In den gerade in deutscher Übersetzung wieder erschienen Schriften des alten chinesischen Meisters Han Fei über „Die Kunst der Staatsführung“ stehen auf Seite 506 folgende bemerkenswerte Sätze:

„Menschen in Ämter einzusetzen ist eine Frage von Bestehen oder Untergang, Ordnung oder Chaos. Wenn sich der Herrscher nicht auf die Kunst der Ernennung von Beamten versteht, wird er sich bei der Vergabe von Ämtern jedes Mal irren. ... Das Unheil beruht auf der fehlenden Kunst der Ernennung von Beamten.“

Ich bin als optimistischer Mensch sicher, dass unser demokratisch legitimierter Herrscher, der Stadtrat, sich auf diese Kunst gut versteht und auch nach dem 25.11. kein „Chaos“, sondern „Ordnung“ herrscht und trotz der schwierigen Haushaltslage von einem „Bestehen“ und nicht vom „Untergang“ unserer schönen Stadt auszugehen ist.

Ich möchte mich sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Referate und natürlich auch der Kämmerei dafür bedanken, dass ich diesen Entwurf des Haushaltsplanes 2010 heute zeitgerecht einbringen kann, was weder im letzten noch in diesem Jahr eine reine Selbstverständlichkeit war.



Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Mitglied des Stadtrates der Landeshauptstadt München
Korreferent der Stadtkämmerei

Münchens Haushalt 2010
Vollversammlung am 7. Oktober 2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Stadtkämmerer,
meine Damen und Herren!

Wir alle wissen, was wir schon vor einem Jahr wussten: die Haushaltslage der Kommunen in Deutschland wird immer bedrohlicher. Bereits vor einem Jahr hatte ich an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass nach unserer Auffassung der Haushalt des laufenden Jahres bereits vor seiner Verabschiedung Makulatur war. Diese Einschätzung hat sich bewahrheitet. Man betrachte beispielsweise, dass der Schuldenabbau in 2009 nicht wie geplant € 250 Mio. beträgt, sondern nach derzeitigem Stand bereits wieder eine Schuldenaufnahme i.H.v. knapp € 40 Mio. stattfinden wird. Eine Differenz von € 290 Mio zwischen geplantem Abbau und tatsächlicher Neuverschuldung.

Dies betrifft die Einnahmenseite. Es lohnt sich dabei auch ein Blick auf die Abweichungen bei den Steuereinnahmen. Sind diese verantwortlich für die Neuverschuldung? Sie waren eingeplant mit € 4,14 Mrd. Tatsächlich werden es nach heutiger Kenntnis € 3,85 Mrd. Selbstverständlich ist dieser Einbruch auch der Finanzkrise geschuldet - aber auch der hohen Volatilität der Gewerbesteuer, die sich in Zeiten der Krise besonders negativ auswirkt. Hierauf möchte ich später nochmals zu sprechen kommen.

Wie steht es nun um die Ausgabenseite 2009? Die FDP hatte bereits im letzten Jahr auf die Unsitte hingewiesen, dass in diesem Hause ein verabschiedeter Haushalt nichts gilt und bereits ab 2. Januar jeden Jahres zusätzliche Ausgaben beschlossen werden. Wir hatten Sie, die rot-grüne Rathausmehrheit gebeten, mit diesem Gebaren endlich zu brechen - und siehe da, wider Erwarten hatten Sie im Frühjahr beschlossen, nur noch einen Termin zur Haushaltserweiterung, nämlich das Juli-Plenum, zu nutzen. Eigentlich ein löblicher erster Schritt - nur dass hier so viele zusätzliche Ausgaben beschlossen wurden, dass die Reduzierung auf einen Termin zur Augenwischerei verkam. Zudem bleibt völlig unverständlich, warum dieser Beschluss explizit nur für das Jahr 2009 gefasst wurde. Erwarten Sie ernsthaft, dass die Haushaltslage in 2010 wieder so rosig sein wird, dass wir in jedem Plenum finanzwirksame zusätzliche Ausgaben beschließen können?

Wie sieht es nun mit den Zahlen für 2009 aus? Wir haben bis heute zusätzliche Personal- und Sachausgaben von rd. € 35,3 Mio. beschlossen. Weiter € 23,3 Mio. waren von den Referaten beantragt und wurden dann nicht zum Finanzplenum im Juli angemeldet - ein kleiner Erfolg, bei dem aber zu erwarten ist, dass die entsprechenden Ausgaben im Haushalt 2010 untergebracht wurden. Außerdem weisen Schul- und Sozialreferat darauf hin, dass sie € 40-50 Mio. zusätzlich benötigen werden.

Was lernen wir daraus? Dass der Haushalt 2010, den wir heute einbringen, auch schon wieder obsolet ist. Wenn auch die Entwicklung der Einnahmen noch nicht abschätzbar ist, so treffe ich die nicht sehr gewagte Prognose, dass dieser Stadtrat in 2010 erneut zahlreiche Mehrausgaben beschließen und damit die Stadt weiterhin über ihre Verhältnisse leben wird.

Betrachtet man den Haushalt 2010 näher, so fällt die geplante Neuverschuldung von € 218 Mio. auf. Hatte der Herr Oberbürgermeister nicht in seiner Antrittsrede eine nachhaltige Rückführung der Schulden in seiner Amtszeit versprochen? Natürlich, es gibt die Wirtschaftskrise. Aber die Stadtregierung stellt sich auf den Standpunkt, dass diese geradezu gottgegeben über die Stadt hereingebrochen ist und man deshalb nun nichts daran ändern kann - und auch gar nicht muss. Schuld sind ja die Anderen, die sogenannten Neoliberalen mit ihrer Liberalisierung der Finanzmärkte (Dass diese Neoliberalen Hans Eichel und Peer Steinbrück heißen, wird dabei gerne übersehen).

Unser Ansatz wäre es, in Anbetracht der prekären Situation, die Ausgabensteigerung endlich zu unterlassen und ernsthaft nach Einsparpotentialen zu suchen. Leider verletzt das Ihre, in dieser Stadt lang gepöppelte und deshalb noch zahlreich vorhandene, rot-grüne Klientel und deshalb trauen Sie sich nicht daran. Im Bund haben die Wähler glücklicherweise die Zeichen der Zeit erkannt.

Selbst die Stadtkämmerei mahnt, dass die Stadt in 2010 von ihrer Substanz lebt, da der Ergebnishaushalt negativ sein wird. Zaghaft zeigen sich vereinzelte Einsprüche der Kämmerei gegen Ausgabensteigerungen, die regelmäßig brüsk vom Tisch gefegt werden. (Originalzitat des Gesundheitsreferenten in einer Ausschusssitzung zu einem Einwand der Kämmerei: „Die verstehen davon ja nichts.“) Wann kommt endlich die Einsicht der Rathausmehrheit? Münchner Kinder, die heute zur Welt kommen, bekommen bei der Geburt ca. € 1.700 städtischer Schulden aufgebürdet. Bitte helfen Sie endlich mit, dass diese Belastung nicht bis zum Ende dieser Amtsperiode noch größer wird.

Schlimm an diesem Haushalt (und auch am MIP) ist zudem, dass wesentliche Ausgaben der nächsten Perioden gar nicht gezeigt werden. Zu nennen ist hier die Sanierung des Gasteigs, die mit rd. € 200 Mio. etwa doppelt so viel kosten soll, wie der seinerzeitige Neubau. Vielleicht sollte man sich doch an die Worte Leonard Bernsteins erinnern, dem bei seiner ersten Probe im neuen Gasteig spontan entfuhr: „Burn it!“. Ein Neubau kommt wahrscheinlich billiger.

Nicht umsonst formieren sich bereits die Anhänger eines Konzerthallen-Neubaus im Marstall. Dass der Gasteig ein Sanierungsfall ist, steht außer Frage. Warum die Sanierung aber so teuer kommt, warum ein erheblicher Teil in die Sanierung der Bibliothek fließen soll, warum keine Mittel eingeplant sind und keine Mittel seit Inbetriebnahme zurückgestellt wurden, erschließt sich nicht auf den ersten Blick - auch nicht auf den zweiten. Für die ursprüngliche Fehlplanung des Gasteigs kann aber auch die Rathausmehrheit nichts. Wenn ich es richtig sehe, sind nur noch wenige Stadträte, die an der damaligen Entscheidung zum Bau des Gasteigs beteiligt waren, hier noch anwesend.

Nun schicken wir uns an, eine Entscheidung von ähnlicher Tragweite in Kürze zu treffen, ohne diese Entscheidung auf eine ausreichende Datenbasis stützen zu können. Uns könnte eine ähnlich fatale Entscheidung unterlaufen, wie den damaligen Kollegen mit dem schlecht geplanten Gasteig. Ich spreche von der Sanierung der Großmarkthalle.

Ohne irgendeine nähere Erkenntnis zu Marktchancen, Entwicklungspotentialen und Perspektiven, hat die Stadtspitze bereits die Festlegung getroffen, dass die Großmarkthalle am jetzigen Standort verbleiben soll. Wir behaupten nicht, dass dies in jedem Fall eine falsche Entscheidung ist, aber wir behaupten, dass diese Entscheidung ohne die nötigen Grundlagen, nämlich zumindest dem Vorliegen eines Businessplans, den zu erstellen jeder BWL-Student spätestens im 5. Semester lernt, gefällt wird.

Natürlich kann sich in einem solchen Businessplan ergeben, dass es sinnvoll ist, die Halle an diesem Standort weiterzuführen. Es kann sich aber auch das Gegenteil ergeben. Wir und auch der kluge und weise Herr Oberbürgermeister wissen es einfach nicht. Welch' fataler Fehler, sich zuerst festzulegen und danach ein Geschäftskonzept zu erstellen. Das erinnert an zweitklassige amerikanische Western: Zuerst wird geschossen und danach werden die Fragen gestellt.

Wo bleibt eigentlich der Aufschrei der Grünen? Für die Großmarkthalle wurde eine Ausnahme von der heiligen Umweltzone geschaffen und täglich fahren die Halle zahlreiche LKWs ohne Umweltplakette an. Wäre es da nicht sinnvoll, über eine verkehrsgünstige Verlagerung wenigstens nachzudenken?

Unnötig zu erwähnen, dass die Sanierungskosten derzeit (ohne nähere Untersuchung) auf ca. € 140 Mio. geschätzt werden. Alle Erfahrung lehrt, dass es dabei nicht bleiben wird. Die leisen Proteste der Stadtkämmerei, die man hören kann, wenn man genau aufmerkt, werden von den Marktschreibern der Großmarkthalle übertönt.

Und ein weiteres Projekt bereitet mir Sorgen, da auch hier viel zu leichtfertig das Geld der Stadt verpulvert wird, ohne dass sich im Gegenzug ein Nutzen quantifizieren lässt: Ich spreche von der Organisationsreform im Rahmen von MIT-Konkret. Nach meiner Kenntnis wird darüber nachgedacht, die IT-Dienstleistung in eine städtische GmbH oder einen Eigenbetrieb auszulagern. Aus organisatorischer Sicht vielleicht eine sinnvolle Idee - steuerlich eine Katastrophe. Denn es ist unstrittig, dass eine städtische GmbH umsatzsteuerpflichtig ist, d.h. sie muss auf ihre Leistungen an die Stadt Umsatzsteuer erheben.

Die Stadt ist in ihrem Hoheitsbereich aber nicht vorsteuerabzugsberechtigt und der Gemeindeanteil an der USt ist so gering, dass die Rückflüsse aus den Zahlungen zu vernachlässigen sind. Freuen würden sich über unsere IT-Reform hingegen Bund und Freistaat, da ihnen der Löwenanteil aus den geschätzten € 20 Mio. USt pro Jahr zufließen würde. Es ist sehr nett von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, dass Sie die schwarz-gelben Regierungen in Bund und Freistaat mit städtischen Geldern unterstützen möchten - aber ich muss sagen, das geht selbst mir zu weit. Bitte überdenken Sie die Strukturreform bei MIT-Konkret und sorgen Sie dafür, dass die organisatorische Umgestaltung auf die steuerlichen Gegebenheiten Rücksicht nimmt.

Immerhin: es zeigt sich ein Silberstreif am bundesdeutschen Horizont, der auch in München deutlich zu sehen ist: Wir bekommen bald eine neue Bundesregierung. Manche können es ja kaum erwarten, manche leiden. Herr Oberbürgermeister, Sie haben sich auf der Wiesn über die Abwechslung beim Anstich gefreut, da Ihnen die CSU jedes Jahr einen neuen Ministerpräsidenten schickt. Die Abwechslung, die wir in den letzten 20 Jahren an der Spitze der SPD erleben durften, kann nicht einmal die CSU mit ihren Ministerpräsidenten überbieten. Eigentlich sollten wir künftig den SPD-Vorsitzenden zum Anstich einladen. Dann ist auch weiterhin für Abwechslung gesorgt.

Aber zurück zur neuen Regierung: Ich komme hier nochmals auf die Steuereinnahmen der Stadt zurück. Hier zeigt sich folgendes Bild:

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer:

2007: € 120 Mio.

2008: € 124 Mio. (+ 3,3%)

2009: € 129 Mio. (+ 4,0%)

2010: € 127 Mio. (- 1,6%)

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer:

2007: € 705 Mio.

2008: € 777 Mio. (+ 10,2%)

2009: € 730 Mio. (- 6,4%)

2010: € 660 Mio. (- 10,6%)

Gewerbsteuer:

2007: € 1.909 Mio.

2008: € 1.722 Mio. (+ 10,9%)

2009: € 1.350 Mio. (- 21,6%)

2010: € 1.320 Mio. (- 2,2%)

Folgendes fällt auf: keine Steuer ist so volatil und krisenanfällig, wie die Gewerbesteuer. Das Aufkommen an Einkommen- und Umsatzsteuer schwankt im Zeitablauf wesentlich weniger als die Gewerbesteuer. Dies reißt in schlechten Zeiten zusätzliche Löcher in die städtischen Kassen. Abgesehen davon ist es nicht einzusehen, warum nur die Unternehmen und hier nur die Gewerbebetriebe für das Hauptsteueraufkommen der Stadt verantwortlich sein sollen. Nach wie vor setzen wir uns für eine aufkommensneutrale Streichung der Gewerbesteuer zu Gunsten des Vier-Säulen-Modells der Stiftung Marktwirtschaft ein. Jeder Bürger soll zur Finanzierung der städtischen Aufgaben herangezogen werden - das würde auch zu mehr Ausgabendisziplin seitens des Stadtrates führen.

Um erneut dem von Ihnen verbreiteten Bild, hier würde den Kommunen Steueraufkommen entzogen, entgegenzutreten: Die Steuern werden nicht entzogen, sie werden nur anders aufgebracht. Wir können die segensreichen Auswirkungen einer Beteiligung aller Bürger am kommunalen Steueraufkommen z.B. in der Schweiz beobachten. Die Schweiz steht nicht im Ruf, ein Hochsteuerland zu sein und seine Bürger - auch nicht in den Kommunen - stark zu belasten. Dies hat seinen Grund darin, dass die Bürger selbst über Ausgaben der Kommunen mitentscheiden. Wenn sie sich bspw. für eine neue Mehrzweckhalle aussprechen, wird die kommunale Steuer entsprechend erhöht. Das sorgt für Ausgabendisziplin - viel stärker, als wenn die Haushaltslöcher „nur“ den ortsansässigen Unternehmen über den höchsten Hebesatz der Republik aufgebürdet werden, was wiederum zu den bekannten Wegzugseffekten führt - nicht München mag Dich, sondern Grünwald mag München!

Auch ein anderes Land, welches nicht gerade für sozialen Kahlschlag bekannt ist, kennt kommunale Einkommensteuern: Finnland. Vielleicht sollte der Finanzausschuss mal nach Helsinki reisen.

Hoffen wir also auf die neue Bundesregierung und ein einfaches, transparentes Steuersystem, welches die Gewerbesteuer abschafft und endlich eine kommunale Einkommensteuer einführt.

Ich fasse zusammen:

1. Die Ausgaben der Stadt sind zu hoch. Das ist nicht neu.
2. Die Zusatzausgaben, die unterjährig beschlossen werden, sind ein haushaltspolitisches Unding. Das ist nicht neu.
3. Die Verschuldung der Stadt ist zu hoch und steigt weiter. Das ist nicht neu.
4. Die Gewerbesteuereinnahmen schwanken stark und belasten Unternehmen einseitig. Das ist nicht neu.
5. Es existieren verheimlichte Haushaltsrisiken durch Gasteig und Großmarkthallen. Das ist zum Teil neu.
6. Bald gibt es in Deutschland ein transparentes und einfaches Steuersystem ohne Gewerbesteuer - das ist neu! Und das lässt uns hoffen, dass die Finanzen der Stadt wieder besseren Zeiten entgegen sehen.

Wir stehen weiterhin da und strecken Ihnen die Hände entgegen - wir unterstützen Sie nach Kräften gerne bei der lange fälligen Konsolidierung des Haushalts.

Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass die Zweitwohnungsteuer abgeschafft werden muss.

Vielen Dank!



Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München
am 07. Oktober 2009

Münchens Personalhaushalt 2010

1. Personalstand 2009 (Stadt München gesamt)

Der Personalstand Aktive (ohne Beurlaubte) zum Juli 2009 ist gesamt städtisch gegenüber dem Vorjahr um 669 auf 30.849 gestiegen. Dies entspricht einen Anstieg um 2,22 %.

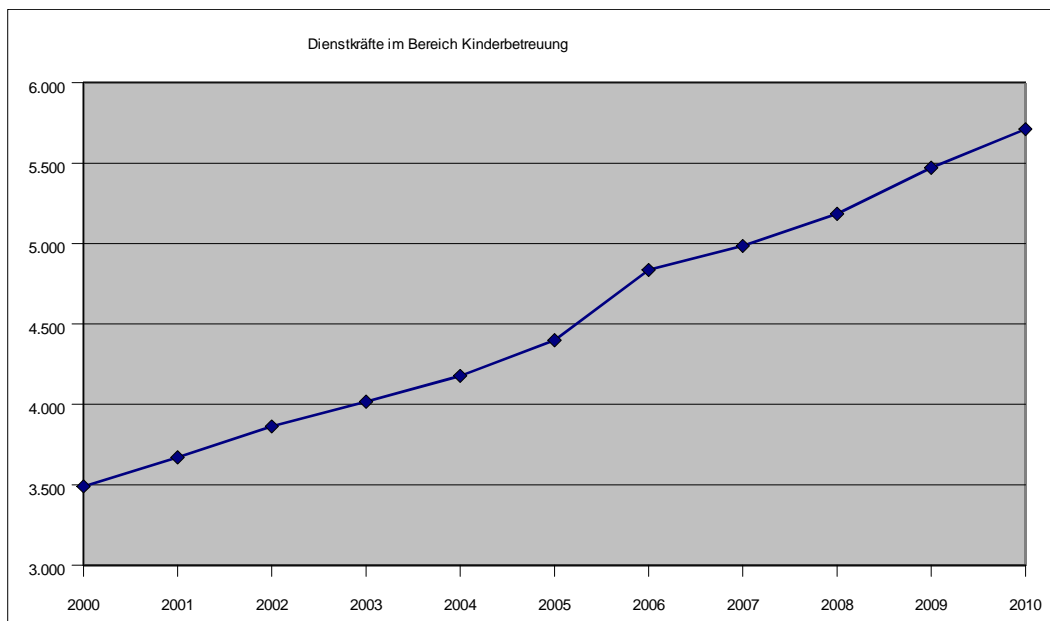
	Juli 2008	Juli 2009	Veränderung
Beamte	9.726	9.779	53
Tarifbeschäftigte	19.636	20.174	538
Summe	29.362	29.953	591
Personal in Ausbildung	818	896	78
Summe	30.180	30.849	669
Beschäftigte ohne Zahlungen	2.534	2.514	-20
Gesamtsumme	32.714	33.363	649

Die 35- bis 44-Jährigen stellen heute die am stärksten besetzte Altersgruppe am Arbeitsmarkt. In zehn Jahren werden dies die 45- bis 54-Jährigen sein. Gleichzeitig wird es schwerer werden, Jüngere für offene Stellen zu finden, weil die Altersjahrgänge der Nachrückenden als Folge des demographischen Wandels Jahr um Jahr schwächer werden. Eine überalternde Belegschaft und ein Rückgang des Potentials nachrückender Erwerbspersonen, werden den öffentlichen Dienst besonders treffen, weil die stärkste Gruppe bereits jetzt die 45- bis 54-Jährigen sind.

Durch eine **aktive Einstellungspolitik** haben wir eine im interkommunalen Vergleich relativ ausgeglichene Altersstruktur. Das Durchschnittsalter der städtischen Beschäftigten beträgt 42,9 Jahre (zum Vergleich: Bremen 47,8, Köln 44,5, Düsseldorf 44,4, Stuttgart 44, Dortmund 43,9 Jahre).

Spürbar ist der Fachkräftemangel namentlich in dem so genannten „MINT-Bereich“ (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) sowie den immer stärker nachgefragten sozialen Berufen Sozialpädagogen/innen und Erzieher/innen. Auf diesen Mangel haben wir uns zum Teil schon vor Jahren eingestellt und aktive Strategien dagegen entwickelt.

So ist es uns bei den Erziehungskräften – in einem zunehmend schwieriger werdenden Markt - stets gelungen, genügend Nachwuchs zu finden mit dem Ergebnis, dass die stärkste Altersgruppe in München bei den 25- bis 34-Jährigen liegt, während dies bundesweit die 45- bis 54-Jährigen sind.



Ursächlich hierfür war die politische Grundsatzentscheidung, im Bereich der Kinderbetreuung massiv auszubauen und ein berufliches Engagement in München durch niedrige Betreuungsschlüssel, unbefristete Arbeitsverträge, betriebliches Gesundheitsmanagement, weit gehende Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Unterstützung bei der Wohnungssuche und der Betreuung eigener Kinder (um nur einige Aspekte herauszugreifen) attraktiv zu machen. Hinzu kamen breit angelegte Werbemaßnahmen. Für 2010 wird ein Personalstand im Erziehungsdienst von 5.711 Dienstkräften prognostiziert (Stand 2009: 5.471).

Ein wichtiger Schritt, dringend benötigte Fachkräfte, namentlich Ingenieure, IT-Kräfte und Ärzte im Gesundheitsdienst, zu gewinnen und zu halten, ist die Einführung einer Arbeitsmarktzulage, wie sie der Münchner Stadtrat kürzlich beschlossen hat.

Seit Jahren liegen die städtischen **Ausbildungszahlen** auf höchstem Niveau, zuletzt bei 321 neuen Ausbildungsverhältnissen (Vorjahr: 283).

Neue Auszubildende 1998 bis 2009 (Stichtag 01.09.)

Jahr	Anzahl	Veränderung	Veränderung in %	Ausbildungsverpflichtung von mind. 270 Ausbildungsplätzen (prozentual)
1998	269			100%
1999	277	8	3%	103%
2000	338	61	22%	125%
2001	357	19	6%	132%
2002	336	-21	-6%	124%
2003	295	-41	-12%	109%
2004	231	-64	-22%	86%
2005	217	-14	-6%	80%
2006	211	-6	-3%	78%
2007	312	101	48%	116%
2008	283	-29	-9%	105%
2009	321	38	13%	119%

ohne Stadtwerke und ohne Institut für Pflegeberufe

Die finanziellen Rahmenbedingungen hatten zu keinem Zeitpunkt negative Auswirkungen auf das starke Engagement der Stadt auf dem Ausbildungsmarkt. Während bundesweit vor allem in der Privatwirtschaft, aber auch im öffentlichen Dienst die Ausbildungszahlen seit 2007 insgesamt um über 6 % zurückgefahren wurden, hält die Landeshauptstadt München an ihrer Ausbildungsoffensive fest. Sie setzt damit zugleich ein notwendiges sozialpolitisches Signal.

Besondere Aktivitäten entwickeln wir dabei im Hochschulbereich: Nachdem wir 2008 in Kooperation mit der Fachhochschule für angewandtes Management in Erding einen speziell auf unseren Bedarf abgestellten neuen dualen Studiengang Betriebswirtschaft mit Schwerpunkt Public Management aufgelegt haben mit seinerzeit 23 und heuer 30 Abiturienten/innen, werden wir im Oktober 2010 einen weiteren dualen Studiengang Informatik auflegen, diesmal mit der Hochschule München.

Im Detail:

Die Stadt bietet eine breite Palette an Ausbildungen und Studiengängen an. Hierzu zählen Ausbildungen und Studiengänge in sechs verschiedenen Verwaltungsberufen und ca. 20 handwerkliche, technische, kaufmännische Berufe, wie Gärtner / Gärtnerin, Vermessungstechniker/-in, Kfz-Mechatroniker/-in, Reiseverkehrskaufleute, Landwirte etc. Erstmals wurden auch Ausbildungen zu Immobilienkaufleuten und zur Servicekraft Dialogmarketing angeboten.

Von den 4.900 Bewerberinnen und Bewerbern (2008: 3.452) interessierten sich 1.240 für das Studium zur / zum Diplom-Verwaltungswirt/in. 88 Personen haben das städtische Personalauswahlverfahren erfolgreich durchlaufen und schlugen diese Beamtenlaufbahn für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst ein. Fast genauso viele Personen bewarben sich für die Beamtenlaufbahn im mittleren nichttechnischen Dienst. Den Vorbereitungsdienst für diese Laufbahn haben 40 Personen angetreten.

Begehrte waren auch dieses Jahr die 12 Ausbildungsplätze für IT-Systemelektroniker/-innen und die fünf Ausbildungsplätze für Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste und die 30 Plätze für den Studiengang Betriebswirtschaft mit Schwerpunkt public management.

Wir beschränken uns im Rahmen unserer Ausbildungsaktivitäten nicht auf die Vermittlung von Fachwissen, sondern fördern speziell soziale Kompetenzen in verschiedenen Projekten. Auch haben die Nachwuchskräfte durch Praktika in der Wirtschaft und im Ausland die Möglichkeit „über den Tellerrand“ zu blicken. Dies ist notwendig, da wir in Zukunft mit der Wirtschaft um die besten Nachwuchskräfte hart konkurrieren werden.

Wir wollen weiterhin verstärkt Personen mit Migrationshintergrund für ein Studium oder eine Ausbildung bei der Stadt gewinnen. Die aktuellen Zahlen zum Migrationshintergrund unserer Nachwuchskräfte legen wir dem Stadtrat mit der alljährlichen Bekanntgabe „Ausbildung im Hoheitsbereich; Berichterstattung über das Einstellungsjahr 2009 sowie Berichterstattung über den Migrationshintergrund der Nachwuchskräfte im Hoheitsbereich, den Eigenbetrieben und den städtischen Gesellschaften“ Anfang Dezember 2009 vor.

Heuer werden rund 19 Mio. Euro (Vorjahr: 18 Mio. Euro) für die Ausbildung veranschlagt. Darin enthalten sind neben Personalausgaben für Nachwuchskräfte und verschiedene Ausbildungsbereiche und -abteilungen Raumkosten, sowie Gebühren für die Bildungsinstitute, beispielsweise für die Bayerische Verwaltungsschule, die Bayerische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege und die Fachhochschule für angewandtes Management.

Trotz stadtwweiter Konsolidierungszwänge werden wir auch im Jahr 2010 unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder ein qualitativ hochwertiges und breitgefächertes **Fortbildungsprogramm** bieten.

Im Detail:

Mit rund 1.600 geplanten Veranstaltungen, ca. 16.000 erwarteten Teilnehmerinnen und Teilnehmern werden wir eine ähnlich hohe Fortbildungsquote wie in den Vorjahren erreichen. Mit den hierfür veranschlagten Haushaltsmitteln von insgesamt 2.071.682 Euro, wovon 1.494.253 Euro auf die Allgemeine Fortbildung und 577.429 Euro auf die IT-Fortbildung entfallen, beweist die Landeshauptstadt München einmal mehr, dass sie auch in Krisenzeiten bereit ist, sehr viel in die Qualifizierung ihrer Beschäftigten und damit in die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung zu investieren.

Um die Investitionen in unsere Bildungsmaßnahmen mit dem entsprechenden Bildungserfolg zu sichern, werden wir im Jahr 2010 unser Bildungscontrollingsystem auf alle Bereiche der Stadtverwaltung ausdehnen.

Ein besonderer Schwerpunkt bei der allgemeinen Fortbildung werden im kommenden Jahr Führungskräfte sein. Auf der Basis der Erkenntnisse einer breit angelegten Online-Befragung werden wir sämtliche Qualifizierungsreihen komplett überarbeiten und neu ausrichten. „Coaching“ als wichtiges Personalentwicklungselement, welches bisher primär der oberen Führungsebene vorbehalten ist, werden wir künftig auch auf der mittleren Führungsebene anbieten. Mit der Reform des bayerischen Dienstrechts stehen auch für die Aufstiegsverfahren Änderungen an. Ein sog. „Modulares System lebenslangen Lernens“ wird uns die Möglichkeit geben, Qualifizierungsprogramme wesentlich stärker an den Anforderungen der Landeshauptstadt München auszurichten als dies bisher möglich war.

Im Bereich der IT-Fortbildung werden wir im kommenden Jahr die stadtweite Open Office-Migration zum Abschluss bringen und als neuen Themenschwerpunkt auf breiter Basis Fortbildungsveranstaltungen zum städtischen LiMux-Basisclient durchführen. Darüber hinaus wird es als Ausfluss des Strategieprojekts auch im IT-Bereich spezielle Seminarangebote für Führungskräfte geben, die zum einen strategisches Überblickswissen vermitteln und zum anderen zeigen, wie Führungsprozesse gezielt durch die IT unterstützt werden können. Um die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit auch von IT-Fortbildungen zu sichern, werden wir 2010 damit beginnen, das eher themengegliederte Seminarangebot durch rollenbasierte Qualifizierungsprogramme zu ergänzen. Diesen Ansatz wollen wir in Kooperation mit der Stadtkämmerei erstmals mit Schulungen zum Münchner Kommunalen Rechnungswesen erproben. Seminare, die speziell auf die Bedürfnisse der Generation „50 plus“ ausgerichtet sind, runden das IT-Fortbildungsangebot 2010 ab.

Einen immer größer werdenden Umfang haben Fortbildungsmaßnahmen, die integraler Bestandteil von Veränderungsprozessen sind und mit denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter proaktiv auf ihre neuen Anforderungen vorbereitet werden. Hierunter fallen vor allem Qualifizierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit MIT-KonkreT und der Weiterbildung der IT-Systemelektroniker.

Der absehbare Erwerbersonnenmangel lässt uns verstärkt auf die **Erwerbsbeteiligung älterer Beschäftigter** setzen. Arbeitszeit sollte nach Lebensphasen ausgerichtet werden, um einen flexiblen Übergang in die Rente zu ermöglichen. Weitere Handlungsfelder sind eine altersgerechte Ergonomie und eine lernfördernde Arbeitsplatzorganisation, eine altersgerechte betriebliche Laufbahngestaltung, altersadäquate Positionswechsel (vor allen für Beschäftigte in Verschleiß- und Routinearbeitsplätzen) und das Betriebliche Gesundheitsmanagement.

Seit 2003 bauen wir unser **Betriebliches Gesundheitsmanagement** kontinuierlich aus und konnten inzwischen über Gesundheitszirkel und Gesundheitsforen Verbesserungen in der Arbeitsorganisation für rund 7.500 Beschäftigte erreichen. Für viele „typische“ Erkrankungen älterer Beschäftigter können biologische Alterungsprozesse als Ursache nahezu ausgeschlossen werden. Ursächlich sind statt dessen oft physische Belastungen und zunehmend psychische Belastungen am Arbeitsplatz, denen mittels Gefährdungsanalysen, Befragungen, Gesundheitszirkeln u.ä. auf den Grund gegangen wird, um nach Möglichkeit wirksam Abhilfe zu schaffen. Unser spezielles Engagement gegen Darmkrebs brachte uns im Oktober 2008 den Felix Burda Award ein. Am 3. November 2009 wird die LHM vom Handelsblatt, dem EuPD Research und dem TÜV SÜD Life Service das Corporate Health „Exzellenz-Siegel“ 2009 für herausragendes Engagement für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeiter/innen erhalten.*

* Das Handelsblatt ist die größte Wirtschafts- und Finanzzeitung in deutscher Sprache;

EuPD Research ist ein international tätiger Marktforscher mit besonderen Kompetenzen in den Themenbereichen Gesundheitsmanagement, Demografieforschung und Nachhaltigkeit;

TÜV SÜD Life Service sorgt deutschlandweit mit einem Team von mehr als 400 Ärzten, Psychologen und Sicherheitsingenieuren in rund 10.000 Unternehmen für umfassenden Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Die Frauenerwerbsquote bei der Landeshauptstadt liegt bei 60,4 %. 46 % unserer Führungskräfte sind Frauen, ein bundesweit herausragender Spitzenwert. Dafür und für viele andere Aktivitäten im Bereich der **Betrieblichen Gleichstellungspolitik** erhielten wir 2008 zum vierten Mal hintereinander für drei Jahre den Total E-Quality Award für vorbildliches Engagement und werden in der Studie „Demographieorientierte Personalpolitik in der öffentlichen Verwaltung“ der renommierten Robert Bosch Stiftung vom September 2009 als Best Practice Beispiel genannt. Als besonders wichtiges Handlungsfeld greife ich hier die schnelle Rückkehr aus familiärer Beurlaubung und die weitere konsequente Ermöglichung von Teilzeitbeschäftigung heraus. Dabei verstehen wir Teilzeitbeschäftigung als Lebensphase – vor allem im Hinblick auf den Erwerb ausreichender Versorgung und vor dem Hintergrund der leider immer noch feststellbaren Nachteile von Teilzeitarbeit für die berufliche Entwicklung. Gerade die Aussicht auf berufliche Weiterentwicklung ist von enormer Bedeutung für den Verbleib im bzw. die Rückkehr ins Berufsleben.

Für das Haushaltsjahr 2008 konnte eine **Schwerbehindertenquote** von **6,50 %** ermittelt werden.

Gesamtstädtische Schwerbehindertenquote

2003	2004	2005	2006	2007	2008
5,16%	5,56%	5,96%	5,96%	6,38%	6,50%

Im Haushaltsjahr 2008 konnte das in der städtischen Integrationsvereinbarung angestrebte Ziel, mindestens 6 % schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen, mit einer Quote von 6,50 % erneut übertroffen werden. Damit wurde die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtquote von 5 % wiederholt mehr als erfüllt. Eine Ausgleichsabgabe war nicht zu leisten.

1.1 Personalstand - Gemeindehaushalt (ohne Eigenbetriebe und Stiftungen)

Der Personalstand im Gemeindehaushalt lag im Juli 2009 bei 28.002 Beschäftigten. Im Vergleich zum Vorjahr gab es eine Zunahme von 648 Personen (= 2,37 %).

	Juli 2008	Juli 2009	Veränderung
Beamte	9.512	9.583	71
Tarifbeschäftigte	17.043	17.544	501
Summe	26.555	27.127	572
Personal in Ausbildung*	799	875	76
Summe	27.354	28.002	648
Beschäftigte ohne Zahlungen**	2.430	2.416	-14
Gesamtsumme	29.784	30.418	634

Im Detail:

Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus zusätzlichen Dienstkräften bei der Kinderbetreuung (276), bei den Schulen (83), zusätzlichen Ausbildungsplätzen (76) und Mehrbedarf bei den Sozialbürgerhäusern (66), im Bereich der öffentlichen Ordnung (40) und bei der Verkehrsüberwachung (30).

1.2 Personalstand der Eigenbetriebe und Stiftungen

	Juli 2008	Juli 2009	Veränderung
Beamte	214	196	-18
Tarifbeschäftigte	2.593	2.630	37
Summe	2.807	2.826	19
Personal in Ausbildung**	19	21	2
Summe	2.826	2.847	21
Beschäftigte ohne Zahlungen***	104	98	-6
Gesamtsumme	2.930	2.945	15

1.3 Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit anderer Staatsangehörigkeit

Der Anteil nichtdeutscher Kolleginnen und Kollegen beträgt - seit letztem Jahr stadtwweit bei den Tarifbeschäftigten 14,14 % (Vorjahr: 14,34 %), bei den Beamtinnen und Beamten 0,37 % (Vorjahr: 0,27 %), insgesamt 9,65 % (Vorjahr: 9,63 %).

Es besteht heute ein breiter politischer und gesellschaftlicher Konsens, dass es zur Integration keine Alternative gibt. Im Hinblick auf die städtische Personalpolitik bedeutet dies, den Migrantinnen- und Migrantenanteil in der städtischen Belegschaft in allen Laufbahnen signifikant zu erhöhen (derzeit 19 % der Auszubildenden). Die städtischen Aktivitäten im Sinne interkultureller Vielfalt in der Ausbildung und am Arbeitsplatz wurden im April und im Dezember 2008 von der Staatsministerin im Bundeskanzleramt, Frau Prof. Böhmer, in entsprechenden Wettbewerben mit dem ersten bzw. zweiten Platz ausgezeichnet.

Hinweisen möchte ich auch auf das städtische Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus, welches in den Jahren 2006 und 2007 durch den Nordrhein-Westfälischen Integrationsminister Laschet prämiert wurde.

2. Stellenplan

Per Saldo haben wir im Gemeindehaushalt zum 31.07.2009 einen Zuwachs des Stellenbestandes um 528 Stellen zu verzeichnen.

Stellenstand Gemeindehaushalt			
	Juli 2008	Juli 2009	Veränderung
Beamte	12.757	13.134	377
Tarifbeschäftigte	14.583	14.734	151
Gesamtsumme	27.340	27.868	528

Der Bestand an Stellen im Organisationsstellenplan eines Referates ist an die Aufgaben gebunden. Kann ein Referat aufgrund der Budgetlage nicht mehr alle zur Aufgabenerledigung organisatorisch erforderlichen Stellen besetzen, hat dies nicht zwangsläufig zur Folge, dass diese Stellen auch eingezogen werden. Im Gegenzug gibt es nach wie vor neue Aufgaben aufgrund von Gesetzesänderungen, Stadtratsbeschlüssen oder auch Ausweitungen bestehender Aufgaben, wofür Stellen eingerichtet werden müssen. Im vergangenen Betrachtungszeitraum (August 2008 mit Juli 2009) waren dies neben Zuwächsen bei der Kinderbetreuung, in der Freistellungsphase der Altersteilzeit oder dem Parkraummanagement viele Einzelmaßnahmen in unterschiedlichen Bereichen der Stadtverwaltung.

3. Personalkosten 2010

Die finanzielle Lage der Referate auf dem Sektor Personalauszahlungen ist derzeit noch von der im Zuge der Haushaltssperre beschlossenen Solidarumlage für die sogenannten nicht disponiblen Bereiche (Schulen, Kinderbetreuung und Berufsfeuerwehr) geprägt. Im Jahr 2009 müssen alle anderen Bereiche die Teuerung bei den Personalauszahlungen nahezu allein bewältigen, weil die in den Budgets ohnehin nur zum Teil enthaltene Sonderfinanzierung in Höhe von 8,9 Mio. Euro zugunsten der nicht disponiblen Bereiche umgeschichtet worden ist. Der Stadtrat hat die Sparmaßnahme auf das Jahr 2009 befristet.

Ab dem Jahr 2010 gilt das von der Vollversammlung des Stadtrats am 22.04.2009 beschlossene 5. Haushaltssicherungskonzept, welches das seit 1997 geltende 2. Haushaltssicherungskonzept ablöst. Während die Einrichtungen der Kinderbetreuung, die Schulen und die Feuerwehr damit künftig auf einen Vollaussgleich der Teuerung vertrauen können, weil Tarif-/Besoldungserhöhungen weiterhin vollständig zentral finanziert werden, müssen die anderen Bereiche einen Prozentpunkt der Teuerung in den bestehenden Budgets auffangen, d. h. durch Einsparungen an anderer Stelle erbringen. Der die Einsparvorgabe übersteigende Anteil der Teuerung wird zentral finanziert.

Im Jahr 2010 haben die Referate damit wieder eine solide Ausgangsbasis. Für die Beamtinnen und Beamten ist eine Besoldungserhöhung ab März 2010 um 1,2 % bereits beschlossen. Im Tarifbereich stehen nach Auslaufen des derzeitigen Vergütungstarifvertrags, der für 2008 und 2009 gilt, 2010 Tarifverhandlungen an. Der Ausgang der Tarifrunde ist naturgemäß ungewiss. Die Referate sind - mit Ausnahme der voll finanzierten Bereiche - seit geraumer Zeit aufgefordert, ihre laufenden Personalauszahlungen bis Ende 2009 durch Einsparungen zu senken.

Vor dem Hintergrund einer Vollfinanzierung der Teuerung aus dem Jahr 2009 und der aufgezeigten Budgetsicherheit sollten die Referate 2010 in der Lage sein, die Mehrbelastungen aus der absehbaren Teuerung 2010 zu meistern.

3.1 Personalauszahlungen 2010

Die Summe der Personalauszahlungen 2010, einschließlich Beihilfen und Versorgung, beträgt rund 1.500,3 Mio. Euro. Gegenüber dem Stand 2009 mit 1.462,6 Mio. Euro entspricht dies einer Erhöhung um 37,7 Mio. Euro oder 2,58 %.

€	2009	2010	Veränderung	in %
Aktive	1.170.522.600	1.198.173.100	27.650.500	2,36%
Versorgung	234.826.600	242.219.400	7.392.800	3,15%
Beihilfe	57.256.200	59.946.100	2.689.900	4,70%
Gesamt	1.462.605.400	1.500.338.600	37.733.200	2,58%
Gesamt Beihilfe und Versorgung	292.082.800	302.165.500	10.082.700	3,45%

Bei den Personalauszahlungen ist bei den aktiven Bezügen eine Steigerung um 27,7 Mio. Euro zu verzeichnen. Zusätzlich zu finanzieren sind beispielsweise 13,2 Mio. Euro im Bereich der Schulen und Kinderbetreuung, je 9,0 Mio. Euro bei den Sozialbürgerhäusern und der ARGE, 0,8 Mio. Euro im Referat für Gesundheit und Umwelt sowie weitere 0,9 Mio. Euro wegen der Erhöhung der Ausbildungszahlen.

Die Beihilfen für die aktiven Dienstkräfte in Höhe von rund 28 Mio. Euro werden ab dem kommenden Jahr Bestandteil der aktiven Bezüge und damit der Budgets der Referate.

Im Bereich Versorgung und Beihilfen erhöhen sich die Ansätze um 10,1 Mio. Euro.

3.2 Personalwirtschaftliche Rückstellungen

Neben den kalkulierten Auszahlungen für die Versorgung der pensionierten Beamtinnen und Beamten und Arbeiterinnen und Arbeiter mit Eigenversorgungsanspruch wird im doppelten Haushalt der vollständige, zu erwartende, künftige Versorgungsaufwand für die derzeit aktiven Beamtinnen und Beamten und vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in Gestalt der Pensionsrückstellungen und der zugehörigen Beihilferückstellungen für die spätere Versorgung dargestellt.

Für 2010 wurden die Bestandsveränderungen mit 225,6 Mio. Euro bzw. 6,9 Mio. Euro kalkuliert. Hierbei handelt es sich nur um Veränderungen im kommenden Jahr. Der Bestand ist ein Posten in Höhe von rund 3,9 Mrd. Euro in der vorläufigen Eröffnungsbilanz. Die Planwerte werden 2010 als monatliche Kosten im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung dargestellt.

Im Detail:

Die Berechnung der Rückstellungen für die Altersteilzeit wurde aufgrund neuer Vorgaben aus der Prüfung der Eröffnungsbilanz 2009 durch das Revisionsamt auf eine neue Grundlage gestellt. Die Berechnung des Aufwands für die Altersteilzeitrückstellungen, nämlich Erfüllungsrückstand, Aufstockungsbeträge und Abfindungen, kann erst zum Jahresende erfolgen. Verlässliche Planwerte liegen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor. Die Beträge zur bisherigen „Altersteilzeit-Rücklage“ nach dem Münchner Modell zur Finanzierung werden über jährlich einmalige Budgetreduzierungen weiterhin realisiert.

4. Arbeitszeit

4.1 Teilzeitquote im Gemeindehaushalt (Stand Juli 2009)

	Teilzeit	Altersteilzeit	Vollzeit	Gesamt*	Teilzeitquote	inkl. Altersteilzeit
Beamte	2.104	536	6.943	9.583	21,96%	27,5%
Tarifbeschäftigte	5.606	1.121	10.817	17.544	31,95%	38,3%
Summe	7.710	1.657	17.760	27.127	28,42%	34,5%

*ohne Personal in Ausbildung und ohne Beurlaubte

Die (erneute) Steigerung der Teilzeitquote von 27,82 % im Vorjahr auf 28,42 % ist Ausdruck dafür, wie aufgeschlossen die Stadt als Arbeitgeberin einer familiengerechten Arbeitszeitgestaltung gegenüber steht.

4.2 Altersteilzeit

Altersteilzeit erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Ab dem 60. Lebensjahr besteht ein Rechtsanspruch auf Altersteilzeit. Bei den 55- bis 59-jährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die keinen solchen Rechtsanspruch haben, haben wir 2006 die Genehmigungspraxis auf eine neue Grundlage gestellt. Die Genehmigung einer Altersteilzeit muss zwingend zu Einsparungen führen. Würde die Genehmigung ohne diese Einschränkung erfolgen, hätten wir Mehrkosten im zweistelligen Millionenbereich. In der Freistellungsphase befinden sich derzeit 944 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die tarifliche Altersteilzeitregelung sowie die bisherigen Regelungen für die Beamtinnen und Beamten zur Altersteilzeit laufen allerdings zum 31.12.2009 aus. Dies bedeutet, dass nur noch Altersteilzeit, die spätestens bis Ende des Jahres 2009 angetreten ist, unter die derzeitigen Regelungen fällt.

Unabhängig von den auslaufenden Regelungen besteht über den 31.12.2009 hinaus für die Arbeitgeber die Möglichkeit (keine Verpflichtung), auch weiterhin geförderte Altersteilzeiten mit den Beschäftigten zu vereinbaren, allerdings zu geänderten Konditionen. Für die bayerischen Beamtinnen und Beamten hat der Bayerische Landtag die neuen Bedingungen am 15.07.2009 beschlossen. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergeben sie sich aus dem Altersteilzeitgesetz.

Altersteilzeitkonditionen: (Stand Juli 2009)	Beamtinnen und Beamte		Tarifbeschäftigte	
	bis Ende 2009	ab 2010	bis Ende 2009	ab 2010
Rechtsgrundlage	Art. 91 BayBG, § 2 ATZV	Art. 91 BayBG, § 2 ATZV (neu)	TV Altersteilzeit	Altersteilzeitgesetz (=Rahmen)
Arbeitszeit (im Vergleich zur bisherigen Arbeitszeit)	50 %	60 %	50 %	50 %
Besoldung / Vergütung	83 %	80 %	83 %	mind. 70 %
ruhegehaltstfähig / RV-Beiträge	90 %	60 %	90 %	90 % *)

*) Regelfall, sofern Beitragsbemessungsgrenze (derzeit 5.400,- Euro mtl.) nicht überschritten wird.

Im Detail:

Mit Beschluss der Vollversammlung vom 22.07.2009 wurde das Personal- und Organisationsreferat beauftragt, bis Ende des Jahres 2009 über die Fortführung der Altersteilzeit unter den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen einen gesonderten Beschluss vorzulegen. Entscheidungen über Anträge mit einem Beginn der Altersteilzeit ab dem 01.01.2010 werden derzeit zurückgestellt.

Beamtinnen und Beamte

Derzeit machen 536 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr: 564) von der Möglichkeit der Altersteilzeit Gebrauch, davon sind 343 Männer (Vorjahr: 366) und 193 Frauen (Vorjahr: 198). 487 haben sich für das Blockmodell (Vorjahr: 509), 49 für das Teilzeitmodell (Vorjahr: 55) entschieden.

Tarifbeschäftigte

Im Tarifbereich sind derzeit 1.121 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit (Vorjahr: 1.197), davon 450 Männer (Vorjahr: 477) und 671 Frauen (Vorjahr: 720). Der größte Teil der Beschäftigten, nämlich 1.079 (Vorjahr: 1.161), hat sich für das Blockmodell entschieden, 42 wählten das Teilzeitmodell (Vorjahr: 36).

5. Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen

2010 wird es, wie in den Vorjahren, keine betriebsbedingten (Beendigungs-) Kündigungen bei der Landeshauptstadt München geben.

Im Detail:

Mit dem Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen nehmen wir kurzfristig in Kauf, dass in einzelnen Berufsgruppen Personal nicht immer in der kalkulierten Zeit stadtweit umgesetzt werden kann, weil geeignete Einsatzmöglichkeiten in anderen Referaten nicht ad hoc zur Verfügung stehen. Die Vorgaben des 4. und 5. Haushaltssicherungskonzepts zwingen die Fachbereiche - mit Ausnahme der Schulen, der Kinderbetreuung und der Berufsfeuerwehr - nach wie vor, auf die Wiederbesetzung von einzelnen frei werdenden Stellen vorübergehend oder dauerhaft zu verzichten.

6. Tarifpolitische Lage

6.1 Sozial- und Erziehungsdienst

Nach monatelangen Verhandlungen und hart geführten Auseinandersetzungen haben Arbeitgeber und Gewerkschaften am 27. Juli 2009 im Konflikt um die Eingruppierung und Bezahlung sowie zum Gesundheitsschutz für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst einen Kompromiss erzielt. Vorausgegangen waren acht Verhandlungsrunden und Sondierungsgespräche über insgesamt 25 Tage. Dies zeigt, wie schwierig die Verhandlungen waren.

Im Detail:

Bei der Neuregelung der Eingruppierung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst – der neuen TVöD-Tabelle S – ging es in den Verhandlungen um den Vergleich der Bezahlungsregelungen mit dem BAT und seinen Bewährungsaufstiegen sowie zusätzlichen Vergütungsgruppenzulagen. Ebenso galt es die Wirkungen bei den aus dem BAT am 1. Oktober 2005 in den TVöD übergeleiteten Beschäftigten und den seit dieser Zeit neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bedenken, für die z. T. niedrigere Eingruppierungen als für die übergeleiteten Beschäftigten gelten.

Es galt, für die 45 Tätigkeitsgruppen des Sozial- und Erziehungsdienstes neue Entgeltgruppen zu bilden und hierbei das über 40 Jahre gerechnete Lebenserwerbseinkommen im Blick zu haben. Die Tarifparteien haben sich schließlich auf 16 neue Entgeltgruppen verständigt.

Für den Gesundheitsschutz galt, dass damit für den öffentlichen Dienst praktisch Neuland betreten wurde – abgesehen vom TVöD-E gab es bislang keine speziellen tariflichen Regelungen zum Gesundheitsschutz, auch nicht beim Bund und den Ländern. Die in einzelnen Tarifverträgen der Privatwirtschaft enthaltenen Regelungen trugen den besonderen Verhältnissen der einzelnen Branchen Rechnung und konnten deshalb kein Vorbild sein.

Für die Arbeitgeber war die Potsdamer Einigung vom 31. März 2008 Grundlage der Verhandlungen, die nicht eine finanzielle Aufwertung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst, sondern den Expektanzausgleich im Verhältnis zum abgelösten BAT vorsah. Die Gewerkschaften hingegen forderten durch die Bank höhere Eingruppierungen und wollten damit Entgeltsteigerungen von bis zu 1.000 Euro monatlich für alle Beschäftigten durchsetzen.

Der nun getroffene Tarifkompromiss für den Sozial- und Erziehungsdienst soll am 1. November 2009 in Kraft treten. Ein fader Beigeschmack verbleibt insoweit, als die Gewerkschaften – trotz bestehender Friedenspflicht in Entgeltfragen – Einkommensverbesserungen unter dem Mantel einer anderen Forderung (Abschluss eines Tarifvertrages zum Gesundheitsschutz) erstreikt haben.

Im Detail:

Der Abschluss wirkt unterschiedlich, je nach dem, ob es sich um Gemeinden mit Kindertagesstätten, aber ohne eigenes Jugendamt, Städte mit Kindertagesstätten und eigenem Jugendamt, Landkreise nur mit Jugendamt usw. handelt.

Ebenso ist die Altersstruktur bedeutsam. Besteht der Personalbestand zu einem sehr großen Teil aus Beschäftigten, die aus dem BAT am 1. Oktober 2005 in den TVöD übergeleitet wurden, sind die Kostenwirkungen andere als bei Arbeitgebern, die in den letzten vier Jahren nennenswert Personal eingestellt haben, etwa im Rahmen des Ausbauprogramms für die Kinderbetreuung. Beschäftigte, die nach dem 30. September 2005 eingestellt wurden, erhalten häufig eine **deutliche Steigerung** ihres Entgelts insbesondere in den Entgeltgruppen unterhalb der bisherigen Entgeltgruppe 9. Für aus dem BAT übergeleitete Beschäftigte fallen die Entgeltsteigerungen demgegenüber **deutlich niedriger** aus.

6.2 Tarifrunde 2010

In Anbetracht der finanziellen Rahmenbedingungen ist der Spielraum für lineare Erhöhungen eng und ein mit der letzten Tarifrunde vergleichbares Ergebnis (Steigerung um 8,65 % für 2 Jahre) aus Sicht der kommunalen Arbeitgeber ausgeschlossen.

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ist gemeinsam mit den Gewerkschaften gefordert, weitere Rahmenvorgaben zur Bewältigung des demographischen Wandels zu setzen. Mit der Ablösung der Senioritätsregelungen des BAT durch Erfahrungsstufen im TVöD ist bereits ein wichtiger Schritt getan. Weitere werden folgen. So kann ich mir vorstellen, dass wir als nächstes die Themen Weiterbildung und **Qualifizierung**, betriebliches **Gesundheitsmanagement** und den Komplex **Lebensarbeitszeit** angehen, um hier auch überregional die nötigen Weichenstellungen vorzunehmen. Thema der Tarifrunde wird voraussichtlich auch die **Altersteilzeit** sein, wobei aus Arbeitgebersicht eine Fortführung der bisherigen tariflichen Regelung, die zum 31.12.2009 ausläuft, ausscheidet.

In der VKA wie auch im Bayerischen Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) besteht breiter Konsens, die **leistungsorientierte Bezahlung** auszubauen. Die Bezahlung nach Leistung ist geeignet, das Bild des öffentlichen Dienstes gerade bei jungen Menschen zu verbessern und ein modernes Personalmanagement zu unterstützen – weil junge Menschen leistungsbereit sind und leistungsgerechte Bezahlung für sie keine Bedrohung, sondern ein Ansporn ist. In diesem Sinne kann der Ausbau der leistungsorientierten Bezahlung die durch die demographische Entwicklung absehbaren Personalgewinnungsprobleme entschärfen.

Zu guter Letzt möchte ich mich wie immer, wie immer aber auch sehr herzlich, bei den Mitgliedern des ehrenamtlichen Stadtrates, den berufsmäßigen Stadträtinnen und Stadträten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Referates, den Geschäfts- und Personalstellen der Referate, der Stadtkämmerei, der Personalvertretung und der Gleichstellungsstelle für die gute Zusammenarbeit bedanken.



Christian Amlong
Korreferent
des Personal- und
Organisationsreferates

zur Vollversammlung des Stadtrates am 07.10.2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

fast 31.000 Kolleginnen und Kollegen arbeiten bei der Landeshauptstadt München und ihren Eigenbetrieben – städtische Gesellschaften nicht mit eingerechnet. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein erneuter Zuwachs um knapp 700 Beschäftigte. Doch wie kann das sein? **Personalzuwächse** in diesem Umfang mitten in Zeiten einer beängstigend knapper werdenden Kasse? In einem Jahr, in dem die Personalausgaben die 1,5-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten werden?

Ein Großteil des Personalzuwachses ist unserem politischen Ziel des Ausbaus der Kinderbetreuung geschuldet. Welch beachtliche Erfolge wir hier aufweisen können, spiegelt sich natürlich im Personalstand wieder. In den letzten 10 Jahren wurden jedes Jahr rund 220 neue Stellen im **Erziehungsdienst** geschaffen. Rechnerisch hat beinahe an jedem Arbeitstag der letzten zehn Jahre eine Erzieherin oder ein Erzieher neu bei der Stadt München angefangen. Dies ist ein beeindruckender Beleg dafür, dass die Mehrheit in diesem Hause nicht redet, sondern handelt. 5.700 Beschäftigte im Erziehungsdienst wird die Stadt im Jahr 2010 haben. Die Personalausgaben allein für den Erziehungsdienst werden rund 185 Mio. € pro Jahr betragen. Weitere 4.300 Stellen im Lehrdienst belegen eindrucksvoll: München ist Stadt der Bildung und Erziehung.

Ein weiterer Teil des Personalzuwachses resultiert aus der Wahrungsnehmung unserer beschäftigungspolitischen und sozialen Verantwortung. Die Stadt München stellt sich seit Jahren dem immer noch vorherrschenden Trend der sinkenden Ausbildungsplätze entgegen. Wir wollen möglichst vielen jungen Menschen einen qualifi-

zierten Berufsstart ermöglichen. Insgesamt 900 Nachwuchskräfte absolvieren derzeit eine Ausbildung bei der Stadt. Dieses Jahr konnten 320 neue **Ausbildungsplätze** besetzt werden, somit haben wir die uns selbst gesetzte freiwillige Ausbildungsverpflichtung, die auf 270 neue Ausbildungsplätze ausgerichtet ist, erneut deutlich überschritten und können wieder von uns sagen: Wir sind der größte kommunale Ausbilder in Deutschland. In Zeiten, in denen das Bewusstsein über den demographischen Wandel wächst, liegt eine hohe Zahl an bestens qualifizierten Azubis aber auch in unserem ureigensten Interesse.

Aber was eigentlich bietet die Stadt ihren Beschäftigten? Wir sind eine moderne Arbeitgeberin, bei der man gerne arbeitet. Wir bieten eine Vielzahl interessanter Aufgabenfelder mit **attraktivem Arbeitsumfeld** und mit einem reichhaltigen Fortbildungsangebot. Das breite Spektrum der Stadtverwaltung bietet Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Die Stadt München ist aber nicht nur vielfältig, sondern auch verlässlich. Trotz schwieriger Haushaltslage wird es **erneut keinerlei betriebsbedingte Kündigungen** geben.

Notwendige Strukturveränderungen stehen allerdings an. Neben dem bereits beschlossen optimierten Regiebetrieb Kinderbetreuung erwägen wir einen städtischen Eigenbetrieb für IT-Dienstleistungen.

Neuland haben wir mit der Einführung eines detaillierten Konzeptes zur **leistungsorientierten Bezahlung** beschritten. Inzwischen konnten wir auf die Erfahrungen mit dem neuen Instrument aufbauen und in einer Dienstvereinbarung weitere Konzeptverbesserungen erreichen. Nun liegt der Ball im Feld der Tarifvertragsparteien, die sich einst bewusst entschieden haben, die leistungsorientierte Bezahlung einzuführen und Stück um Stück zu stärken. Es wäre ein falsches Signal, hier jetzt schon ganz am Anfang des Weges wieder anzuhalten. Ich weiss, dass dies zwar in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit diskutiert wird. Aber bei einem sicheren und sozialen Arbeitgeber wie der LHM ist gerade auch eine leistungsorientierte Bezahlung ein gerechter Beitrag zur Motivationssteigerung.

Neue Wege sind wir in diesem Jahr im Bereich der **Personalgewinnung** gegangen. Das, was für uns Insider schon fast selbstverständlich geworden ist, muss auf dem Arbeitsmarkt dennoch kommuniziert werden. Wir präsentieren uns nun auch in Stellenanzeigen als die vielfältige Gemeinschaft, die wir sind. Für die erforderliche Personalgewinnung im Erziehungsbereich haben mit großem Erfolg Schnupperwochenenden für interessierte Auswärtige stattgefunden.

Frauen in Führungspositionen - in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens ist das leider immer noch ein Ausnahmefall. Nicht so bei der Landeshauptstadt München. 46 % aller Führungskräfte sind Frauen. Dass wir für Chancengleichheit stehen und uns nicht auf den erreichten Erfolgen ausruhen, zeigt sich daran, dass diese Quote seit Jahren und auch dieses Jahr ansteigt.

Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Familie. Vor allem aus diesem Grund arbeiten 28% der Beschäftigten in **Teilzeit**. Die viel zitierte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist bei uns möglich und wird Jahr für Jahr mehr in Anspruch genommen – übrigens auch von Männern.

Mit großer Freude sehe ich, dass die **Schwerbehindertenquote** bei der Stadt München erneut um ein Fünftel höher ist als gesetzlich gefordert. Sie liegt bei weit über 6 %.

Zum Schluss möchte ich betonen: Ich bin mir bewusst, dass schon seit längerem und immer wieder vieles im Umbruch ist. Die stets noch erforderliche Haushaltskonsolidierung stellt eine starke Belastung dar. Den Personalvertretungen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diesen Weg mit uns gehen, gilt umso mehr mein besonders herzlicher Dank.

Christian Amlong

Gesamtergebnishaushalt 2009

(Prozentzahl: Veränderungen ggü. 2007)
in Mio. €

Erträge				Aufwendungen			
2007*	2009 Eckdatenb.	2009 Entwurf	2009 HPL	2007*	2009 Eckdatenb.	2009 Entwurf	2009 HPL
6.270	5.485 - 12,5 %	5.310 - 15,3 %	5.186 - 17,3 %	5.106	5.179 + 1,4 %	4.993 - 2,2 %	5.192 + 1,7 %
		4.496**	4.301**			4.179**	4.307**
Sonstige Erträge 3.085	Sonstige Erträge 2.352	Sonstige Erträge 2.177	Sonstige Erträge 2.267	Direktorium 88	Direktorium 95	Direktorium 93	Direktorium 97
Ausgleichszahlung 54	Ausgleichszahlung 57	Ausgleichszahlung 57	Ausgleichszahlung 56	Revisionsamt 9	Revisionsamt 9	Revisionsamt 9	Revisionsamt 9
Gr. Erw. St. 130	Gr. Erw. St. 100	Gr. Erw. St. 100	Gr. Erw. St. 100	Baureferat 900	Baureferat 876	Baureferat 831	Baureferat 859
Grundsteuern 267	Grundsteuern 274	Grundsteuern 274	Grundsteuern 274	Kommunalref. 138	Kommunalref. 136	Kommunalref. 133	Kommunalref. 138
Anteil a. d. Eink. St. 705	Anteil a. d. Eink. St. 805	Anteil a. d. Eink. St. 805	Anteil a. d. Eink. St. 780	Kreisverw. ref. 251	Kreisverw. ref. 265	Kreisverw. ref. 266	Kreisverw. ref. 271
Gewerbesteuer 1.909	Gewerbesteuer 1.770	Gewerbesteuer 1.770	Gewerbesteuer 1.580	Kulturreferat 205	Kulturreferat 211	Kulturreferat 204	Kulturreferat 219
Anteil a. d. Umsatzst. 120	Anteil a. d. Umsatzst. 127	Anteil a. d. Umsatzst. 127	Anteil a. d. Umsatzst. 129	POR (Referat) 58	POR (Referat) 62	POR (Referat) 63	POR (Referat) 63
			Fehlbetrag 6	Ref. f. Arb. u. Wirt. 89	Ref. f. Arb. u. Wirt. 109	Ref. f. Arb. u. Wirt. 96	Ref. f. Arb. u. Wirt. 108
				Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 150	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 154	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 160	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 146
				Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 79	Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 84	Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 84	Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 84
				Schul- u. Kultusref. 1.082	Schul- u. Kultusref. 1.148	Schul- u. Kultusref. 1.072	Schul- u. Kultusref. 1.115
				Sozialreferat 1.104	Sozialreferat 1.093	Sozialreferat 1.047	Sozialreferat 1.136
				Stadtkämmerei 60	Stadtkämmerei 64	Stadtkämmerei 54	Stadtkämmerei 53
				Zentrale Ansätze KommR 85	Zentrale Ansätze KommR 91	Zentrale Ansätze KommR 71	Zentrale Ansätze KommR 74
				Zentrale Ansätze POR 69	Zentrale Ansätze POR 81	Zentrale Ansätze POR 74	Zentrale Ansätze POR 96
				Zentrale Ansätze PlanR 0	Zentrale Ansätze PlanR 0	Zentrale Ansätze PlanR 3	Zentrale Ansätze PlanR 0
				Zentrale Ansätze StK 739	Zentrale Ansätze StK 701	Zentrale Ansätze StK 701	Zentrale Ansätze StK 704
				Überschuss 1.164	Überschuss 306	Überschuss 317	Zentr. Ausgleich ILV 20

*) Ist-Zahlen Stichtag 01.03.2008

**) konsolidiertes Volumen, d. h. ohne interne Leistungsverrechnung (einschl. verwaltungsinterne Kostenmiete), Steuerumlage und kalkulatorische Zinsen i. H. v. insgesamt 885 Mio. €, (nachrichtlich: HPL-Entwurf 814 Mio. €) hiervon
- interne Leistungsverrechnung rd. 170 Mio. €,
- Steuerumlage rd. 95 Mio. € und
- kalkulatorische Zinsen rd. 620 Mio. €.

Anmerkung:

Die für den Haushaltsplanentwurf und Haushaltsplan 2009 ausgewiesenen Referatsbudgets sind nicht konsolidiert.

Gesamtfinanzhaushalt 2009

(Prozentzahl: Veränderungen ggü. 2007)
in Mio. €

laufende Verwaltungstätigkeit

Einzahlungen				Auszahlungen			
2007*	2009 Eckdatenb.	2009 Entwurf	2009 HPL	2007*	2009 Eckdatenb.	2009 Entwurf	2009 HPL
5.139	4.332 - 15,7 %	4.332 - 15,7 %	4.140 - 19,4 %	3.459	3.752 + 8,5 %	3.756 + 8,6 %	3.850 + 11,3 %
Sonstige Einnahmen 1.954	Sonstige Einnahmen 1.199	Sonstige Einnahmen 1.199	Sonstige Einnahmen 1.221	Direktorium 64	Direktorium 65	Direktorium 67	Direktorium 67
Ausgleichszahlung 54	Ausgleichszahlung 57	Ausgleichszahlung 57	Ausgleichszahlung 56	Revisionsamt 5	Revisionsamt 5	Revisionsamt 5	Revisionsamt 5
Gr. Erw. St. 130	Gr. Erw. St. 100	Gr. Erw. St. 100	Gr. Erw. St. 100	Baureferat 297	Baureferat 300	Baureferat 296	Baureferat 296
Grundsteuern 267	Grundsteuern 274	Grundsteuern 274	Grundsteuern 274	Kommunalref. 40	Kommunalref. 40	Kommunalref. 46	Kommunalref. 46
Anteil a.d. Eink. St. 705	Anteil a.d. Eink. St. 805	Anteil a.d. Eink. St. 805	Anteil a.d. Eink. St. 780	Kreisverw.ref. 167	Kreisverw.ref. 170	Kreisverw.ref. 169	Kreisverw.ref. 169
Gewerbesteuer 1.909	Gewerbesteuer 1.770	Gewerbesteuer 1.770	Gewerbesteuer 1.580	Kulturreferat 150	Kulturreferat 148	Kulturreferat 160	Kulturreferat 160
Anteil a.d. Umsatzst. 120	Anteil a.d. Umsatzst. 127	Anteil a.d. Umsatzst. 127	Anteil a.d. Umsatzst. 129	POR (Referat) 40	POR (Referat) 46	POR (Referat) 46	POR (Referat) 46
				Ref.f. Arb.u. Wirt. 82	Ref.f. Arb.u. Wirt. 82	Ref.f. Arb.u. Wirt. 84	Ref.f. Arb.u. Wirt. 84
				Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 110	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 114	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 118	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 118
				Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 42	Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 46	Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 46	Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 46
				Schul- u. Kultusref. 64	Schul- u. Kultusref. 705	Schul- u. Kultusref. 711	Schul- u. Kultusref. 711
				Sozialreferat 965	Sozialreferat 955	Sozialreferat 957	Sozialreferat 997
				Stadtkämmerei 25	Stadtkämmerei 28	Stadtkämmerei 29	Stadtkämmerei 29
				Zentrale Ansätze KommR 20	Zentrale Ansätze KommR 26	Zentrale Ansätze KommR 15	Zentrale Ansätze KommR 15
				Zentrale Ansätze POR 71	Zentrale Ansätze POR 326	Zentrale Ansätze POR 326	Zentrale Ansätze POR 357
				Zentrale Ansätze PlanR 0	Zentrale Ansätze PlanR 0	Zentrale Ansätze PlanR 0	Zentrale Ansätze PlanR 0
				Zentrale Ansätze StK 739	Zentrale Ansätze StK 701	Zentrale Ansätze StK 701	Zentrale Ansätze StK 704
				Saldo lfd. Verw.tät. 1.680	Saldo lfd. Verw.tät. 580	Saldo lfd. Verw.tät. 576	Saldo lfd. Verw.tät. 290

Investitionstätigkeit / Finanzierungsmittelbedarf

Einzahlungen				Auszahlungen			
2007**	2009 Eckdatenb.	2009 Entwurf	2009 HPL	2007**	2009 Eckdatenb.	2009 Entwurf	2009 HPL
1.945	950 - 51,2 %	895 - 54,0 %	594 - 69,5 %	1.945	954 - 50,9 %	846*** - 56,5 %	846*** - 56,5 %
Saldo lfd. Verw.tät. 1.680	Saldo lfd. Verw.tät. 580	Saldo lfd. Verw.tät. 576	Saldo lfd. Verw.tät. 290	nachrichtl.: Zuführung zur Allg. Rücklage, insbes.f. Großinvest. u. Zunkunftsverpflichtungen 657	Tilgung Inn. Darl. 430	Tilgung Inn. Darl. 250	Tilgung Inn. Darl. 250
Kredite Inn. Darl. 0	Kredite Inn. Darl. 0	Kredite Inn. Darl. 0	Kredite Inn. Darl. 0	Investitionen 858	Investitionen 704	Investitionen 491	Investitionen 532
Zuweisungen, Beitr. Zuschüsse 137	Zuweisungen, Beitr. Zuschüsse 158	Zuweisungen, Beitr. Zuschüsse 96	Zuweisungen, Beitr. Zuschüsse 81	noch nicht veranschlagungsfähige Investitionen 105	Tilgung Inn. Darl. 250	Tilgung Inn. Darl. 250	Tilgung Inn. Darl. 250
Veräußerung von Sachverm. 128	Veräußerung von Sachverm. 212	Veräußerung von Sachverm. 223	Veräußerung von Sachverm. 223	noch nicht veranschlagungsfähige Investitionen 64	Investitionen 491	Investitionen 491	Investitionen 532

Nachrichtlich: Saldo aus Investitionstätigkeit:

2007: - 593 Mio. €
2009 (Eckdatenbeschluss): - 334 Mio. €
2009 (Stand September 2008): - 172 Mio. €
2009 (Haushaltsplan): - 228 Mio. €

Veränderung des Finanzierungsmittelbestand - 4 ***

Veränderung des Finanzierungsmittelbestand + 154 ***

Veränderung des Finanzierungsmittelbestand - 188 ***

* Ist-Zahlen Stichtag 01.03.2008

** Werte auf Basis des 2. NHPL 2007 ermittelt

***) Der Finanzhaushalt stellt eine reine Geldflussrechnung dar, was bedeutet, dass nur die tatsächlichen Einzahlungen und Auszahlungen betrachtet werden. Er zeigt die Entwicklung des Finanzmittelbestandes zum Ende der Planungsperiode gegenüber dem Anfangsbestand und weist dazu am Ende immer einen Saldo zwischen Einzahlungen und Auszahlungen (Finanzierungsmittelbestand) aus. Damit diese Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes auch sichtbar wird, erfolgt anders als im kameralen Haushalt keine Zuführung eines Überschusses an eine Rücklage bzw. kein Ausgleich eines Defizits durch eine Rücklage.

Der Finanzierungsmittelbestand im Entwurf 2009 erhöht sich um 154 Mio. € (ohne Berücksichtigung der 105 Mio. € Investitionen, bei denen die Voraussetzungen der Veranschlagung nach § 12 KommHV-Doppik noch nicht vorliegen, da die gesetzlich erforderliche Planungsschärfe noch nicht erreicht ist).

Die Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes zum Zeitpunkt des vorliegenden Haushaltsplanes 2009 beträgt - 188 Mio. € (ohne Berücksichtigung der 64 Mio. € Investitionen, bei denen die Voraussetzungen der Veranschlagung nach § 12 KommHV-Doppik noch nicht vorliegen, da die gesetzlich erforderliche Planungsschärfe noch nicht erreicht ist).